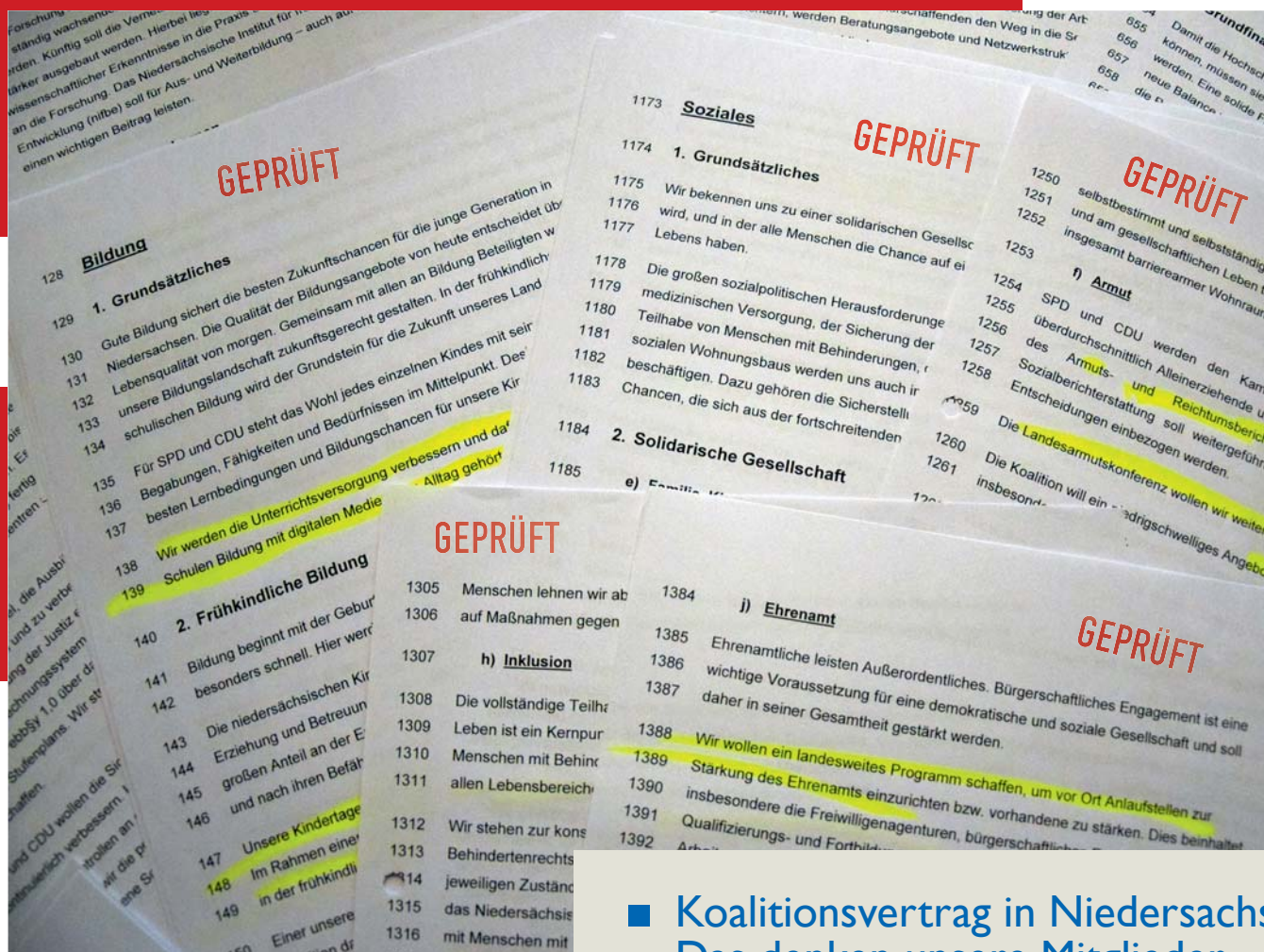


PARITÄTREPORT

1 | 2018



- Koalitionsvertrag in Niedersachsen: Das denken unsere Mitglieder
- 70 Jahre Menschenrechte: Gesamtverband startet Kampagne
- Frauenbeauftragte in den Werkstätten: Neues Amt, wichtige Aufgaben



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Redaktion

Bereich Grundsatzfragen und
Öffentlichkeitsarbeit
Anika Falke und Uwe Kreuzer
Tel. 05 11 / 5 24 86-353
report@paritaetischer.de

Druck

Sattler Direct Mail GmbH & Co. KG,
Hildesheim

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

www.paritaetischer.de in neuem Design

Neu gestaltete Website geht Mitte April online

Nur noch wenige Wochen, dann wird sich der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. runderneuern, und zwar virtuell: Mitte April wird die neu designte Website auf www.paritaetischer.de freigeschaltet. Nutzerinnen und Nutzer erwartet eine modernere und optisch ansprechendere Präsentation des Paritätischen Niedersachsen im World Wide Web.

Unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit werden wir auf www.paritaetischer.de auch künftig alle Informationen über den Paritätischen Niedersachsen als Spitzenverband, sozialer Dienstleister und Arbeitgeber zur Verfügung stellen, und zwar übersichtlicher und nutzerfreundlicher als bisher. Ob Sie einen Ansprechpartner für ein soziales Thema oder Informationen zu einem unserer Fachtage und Seminare suchen, ob Sie den Menübringdienst „Essen auf Rädern“ in Ihrer Nähe bestellen wollen, eine Tagespflege vor Ort suchen oder einfach nur in unseren aktuellsten Pressemitteilungen stöbern möchten, auf www.paritaetischer.de werden Sie ab Mitte April noch schneller fündig. Surfen Sie vorbei und begutachten Sie unser „neues Gewand“ – wir freuen uns auf Sie!

Ihre Adressdaten

Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen folgender Angaben Ihrer Organisation:

- Anschrift
- Telefonnummer
- Faxnummer
- E-Mailadresse
- Wechsel Vorstand
- Wechsel Geschäftsführung
- Name/Rechtsform.

Senden Sie die Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Astrid Schöne, Tel. 05 11 / 5 24 86-397 Fax 05 11 / 5 24 86-333 astrid.schoene@paritaetischer.de

Ihr Beitrag

Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranlassen Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter/-innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Kontaktdaten, siehe linke Spalte). Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Koalitionsvertrag einer jeden Regierung ist der Leitfaden, an dem sich auch Wählerinnen und Wähler genauso wie Organisationen und Verbände in den Jahren einer Wahlperiode orientieren können. Setzen die Regierungsparteien das auch tatsächlich um, was sie in diesem Papier festgeschrieben haben? Welche Spielräume bietet der Vertrag, an welcher Stelle finden sich schon konkrete Entscheidungen?

Von den Antworten auf diese Fragen hängt vieles ab. Das lässt sich am Beispiel der niedersächsischen Großen Koalition und ihres Koalitionsvertrags gut erkennen. SPD und CDU haben im Wahlkampf versprochen, den Elternbeitrag für die Betreuung im Kindergarten abzuschaffen. Dieses Versprechen haben sie im Koalitionsvertrag bekräftigt, und ohne viel Zeit zu verlieren macht sich die Regierung daran, das Vorhaben umzusetzen.



Über diese Maßnahme und das Tempo der Umsetzung freuen sich viele Eltern im Land. Auch wir begrüßen die Beitragsfreiheit grundsätzlich, denn Bildung darf nichts kosten, und der Grundstein für spätere Bildungserfolge wird im Kindergarten (und noch früher) gelegt. Aber das Ganze hat einen Haken. Nicht nur bleiben andere Betreuungsangebote wie die Krippen und Horte von der Beitragsfreiheit ausgenommen. Die Landesregierung schränkt durch die entstehenden Kosten auch ihren Handlungsspielraum an anderer Stelle massiv ein. Von 300 Millionen Euro im Jahr, vielleicht sogar mehr, ist die Rede. Mit dem Geld könnte man die Arbeitsbedingungen von Erzieherinnen und Erziehern verbessern, vielleicht die Gruppengrößen in den Kindergärten verkleinern, ergänzende Angebote zum Beispiel im kreativen Bereich schaffen – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Davon würden alle Kinder profitieren, auch solche aus armen Familien, die ohnehin keinen oder keinen nennenswerten Elternbeitrag zahlen und also von der Abschaffung desselben nichts haben.

In ersten Gesprächen haben Sozialpolitikerinnen und -politiker der Großen Koalition schon darauf verwiesen, dass andere Vorhaben wegen der hohen Kosten bei der Abschaffung des Elternbeitrags leider derzeit kaum möglich sind. Ein Lehrstück in Sachen Politik.

An anderer Stelle, vor allem in der Sozialpolitik, bleibt der Koalitionsvertrag unkonkret. Das zeigen die Stellungnahmen unserer Mitgliedsorganisationen, die Sie im Schwerpunkt dieser Ausgabe leben können. Sie geben einen Einblick, was von den Vereinbarungen zwischen SPD und CDU zu erwarten ist. Unkonkret, das wird klar, ist nicht immer schlecht. Da, wo sich die beiden großen Parteien nicht auf konkrete

Maßnahmen einigen konnten, können wir als Freie Wohlfahrt unsere Expertise in die Waagschale werfen und unseren Einfluss geltend machen. Wir als Spitzenverband haben bereits damit begonnen und führen schon laufend Gespräche mit Ministerinnen und Ministern, mit sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern. Suchen auch Sie das Gespräch zu den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern, gerade auch zu den Abgeordneten Ihrer Wahlkreise. Oberstes Ziel von Politik, noch dazu von einer Großen Koalition, muss

es sein, eine sozial gerechte Gesellschaft anzustreben. Eine Gesellschaft, die jeden Menschen mitnimmt. Für eine solche Gesellschaft stehen wir als Paritätischer, und deshalb müssen wir den Politikerinnen und Politikern dieses Ziel auch immer wieder ins Gedächtnis rufen.

Der Koalitionsvertrag ist ein Gerüst, an dem sich SPD und CDU in den nächsten Jahren entlanghangeln werden. Erste Pflöcke hat die Regierung schon eingeschlagen: Der Landtag novelliert das Schulgesetz, Sozialministerin Carola Reimann will einen Rechtsanspruch auf Unterbringung in Frauenhäusern durchsetzen. An anderer Stelle können wir frühzeitig Wegmarken setzen. Zum Beispiel bei der Behindertenhilfe, wo neue Rahmenverträge ausgehandelt werden müssen. Da werden wir den nötigen Einfluss auf die Entscheidungsträger ausüben, um gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen mit Behinderung in unserem Bundesland zu gewährleisten. Die Zeit drängt, sonst laufen die aktuellen Verträge aus, und die Rechtssicherheit steht auf dem Spiel.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Birgit Eckhardt

Vorsitzende



„Ich will
mitreden, weil
ich Dinge
anders sehe!“

Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit. Nur wer seine Rechte kennt, kann auch für sie kämpfen. Wir stehen an Eurer Seite.

www.mensch-du-hast-recht.de

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

**MENSCH,
DU HAST
RECHT!**

 DER PARITÄTISCHE

Ausgabe 1-18

Impressum.....	2
Editorial	3

Schwerpunkt: Koalitionsvertrag in Niedersachsen:

Das denken unsere Mitglieder

Der Koalitionsvertrag und seine Folgen	6
Menschen mit Behinderung beteiligen	7
Hilfen zur Erziehung: Paritätische Expertise bei der Umsetzung einbringen	8
Die Schullandheime kommen im Koalitionsvertrag nicht vor	9
Was bringt die Koalitionsvereinbarung für Kindertagesstätten in Niedersachsen?.....	10
Freie Schulen benötigen auskömmliche Finanzierung ..	11
Politik muss die Drogenprävention in der Fläche stärken	12
Die Landesregierung hat sich in der Sozialen Psychiatrie viel vorgenommen.....	13
Die Große Koalition in Niedersachsen muss die Jugendarbeit stärken	14
Gute Ansätze bei der Geburtshilfe, zu wenig Engagement für die Familienplanung	15
Die Große Koalition packt die echten Probleme in der Pflege nicht an	16
Armut ist ein Querschnittsthema - Alleinerziehende besonders betroffen	17
Integration als Randthema.....	18
Die Kinderpolitik braucht frischen Wind	19
Große Koalition will erfolgloses Programm für Arbeitslose fortführen.....	20

Einer für alle(s)

70 Jahre Menschenrechte: Schwerpunktthema 2018 des Paritätischen Gesamtverbands.....	21
Digitalisierung im Fokus der Jahreskonferenz in Soltau: Paritätischer lotet Chancen aus	22

Sozialpreis für den Kreisverband Helmstedt	23
Seminarreihe zum Datenschutz erfolgreich gestartet	24
Neue Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle.....	25
Wussten Sie schon ...?: Die Aktion Mensch fördert auch die Anschaffung von Fahrzeugen	25
Neue Mitarbeiterin in der Abteilung Mitgliederförderung	25
Studierende planen inklusive Arbeitswelt.....	26
Fortbildungszentrum des VSD ist eine Erfolgsgeschichte – und offen für alle.....	27
Ein neues Amt: Frauenbeauftragte in den Werkstätten	28
Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt.....	29
Verbandsjubiläen	32

Bunte Vielfalt sozial gestalten

Kinder schulen beim Trommeln Hör- und Sprachgefühl	33
Bundesbeste ihres Fachs: Tolle Leistung von Inga Bruns aus der CAFESITObar	34
Hilfsbereitschaft in Person: Lorenz Ferkau bekommt „Achimer Ehrenpreis“	36
Ehrungen	36
Der Paritätische Stellenmarkt.....	37

Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen	40
Fachbereiche des Paritätischen.....	41
Abteilungsleitungen des Paritätischen.....	42
Arbeitskreise des Paritätischen.....	42
Mitglieder des Verbandsrats.....	43
Verbandsadressen.....	44

Der Koalitionsvertrag und seine Folgen



Gemeinsam für ein modernes Niedersachsen

Für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt

Koalitionsvereinbarung

zwischen der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)
Landesverband Niedersachsen

und der

Christlich-Demokratischen Union (CDU) in Niedersachsen
für die 18. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages
2017 bis 2022

Der niedersächsische Landtag kommt im umgebauten Plenarsaal zusammen. „Modern“ soll Niedersachsen laut Koalitionsvertrag sein – aber auch sozial?

Foto: Focke Strangmann

Der Koalitionsvertrag von SPD und CDU in Niedersachsen hat 138 Seiten. Im Windschatten der teils chaotischen Verhältnisse nach der Bundestagswahl haben die beiden großen Parteien heimlich, still und leise – und in rekordverdächtigter Geschwindigkeit – die Richtschnur für die aktuelle Legislaturperiode ausgehandelt. Beeindruckend. Aber der zweite

Blick zeigt: In der Sozialpolitik, weist der Koalitionsvertrag einige Leerstellen auf. Es scheint, dass sich SPD und CDU bei etlichen Themen zwar auf einen Grundtenor einigen konnten („Wir wollen die Rechte von Kindern

stärken“), aber im Detail nicht zueinanderfanden.

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. aus ganz verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit haben den Koalitionsvertrag auf Herz und Nieren geprüft. Auf den folgenden Seiten schildern sie, was die Politik von SPD und CDU wahrscheinlich in den nächsten Jahren für sie und ihre Arbeit bringen wird. Und was nicht. Und an welchen Stellschrauben die Landesregierung noch drehen muss.

Uwe Kreuzer
Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.

Menschen mit Behinderung beteiligen

Land will UN-Konvention umsetzen – Worten müssen Taten folgen

Das Land Niedersachsen hat eine neue Landesregierung. In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Große Koalition zur vollständigen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Die Lebenshilfe Hannover begrüßt das ausdrücklich.

Eine der zentralen Forderungen der Lebenshilfe Hannover ist, Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen nicht aus dem Blick zu verlieren. So hat sich beim Thema Bildung (bei allen Erfolgen aus den vergangenen Jahren, die zu begrüßen sind) gezeigt, dass gerade Menschen mit komplexen Hilfebedarfen oft weder in den inklusiven Kindergärten noch in der inklusiven Schule ausreichende Hilfestellung erfahren. Das liegt aus unserer Sicht nicht daran, dass die Beteiligten, die sich engagiert auf den Weg gemacht haben, es nicht wollen. Sondern es fehlt oft die entsprechende personelle, sächliche und räumliche Ausstattung in Kindergärten und Schulen für diesen Personenkreis. Investitionen und Anreize zum barrierefreien Ausbau von Kindertagesstätten, Schulen, und Berufsschulen sind daher notwendig. Gerade für die oben genannten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist es jedoch genauso wichtig, dass ihnen ganzheitliche und interdisziplinäre Angebote zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund begrüßen wir ausdrücklich die Absicht der Landesregierung, mehr Personalstellen in allen Bereichen der Bildung zu schaffen und Kooperationen im schulischen Bereich zu fördern bzw. zu stärken. Die gleichen Kooperationen wären für den Krippen- und Kindergartenbereich und die nachschulischen Bildungseinrichtungen wünschenswert.

Auch im Bereich der nachschulischen Bildungsangebote und im Bereich Arbeit, müssen die Belange der Menschen mit schwereren Beeinträchtigungen mit berücksichtigt werden. Dazu gehört die politische Bildung, ebenso wie die demokratische Partizipation von Menschen mit Behinderung. Bei der Umsetzung unseres Aktionsplans

Auch inklusive Prozesse in Richtung allgemeinem Arbeitsmarkt sollten sich nicht allein auf Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung beziehen. Auch Beschäftigte in Tagesförderstätten können mit der entsprechenden Unterstützung erste Teilschritte in Richtung Arbeitsmarkt unternehmen. Das wird an vielen An-



Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dafür setzen sie sich auch verstärkt selbst ein. Foto: Anna-Sophie Bauer

Inklusion und Teilhabe haben wir die Erfahrung gemacht, dass Menschen mit geistiger Behinderung vielfältig interessiert und auch motiviert sind, sich für sich und andere einzusetzen. Oft fehlen ihnen aber Informationen, die zum Teil einfach nicht in Leichter Sprache oder in Bildsprache zur Verfügung stehen. Es zeigt sich, dass diese Menschen mit entsprechend aufbereiteten Informationen sehr wohl in der Lage sind, nicht nur politische Botschaften zu verstehen, sondern auch zu bewerten. Die Änderung des Niedersächsischen Wahlgesetzes im Sinne von Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention ist aus unserer Sicht ein längst überfälliger Schritt.

geboten in den Tagesförderstätten deutlich.

Deshalb ist für die Lebenshilfe Hannover wichtig, dass Menschen mit Behinderung bei Gestaltungs- und Beteiligungsprozessen auf Landesebene und in der Kommune beteiligt werden. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kann nur mit ihrer Expertise erfolgen.

Angelika Schwager
Projektleiterin Aktionsplan Inklusion
und Teilhabe
Lebenshilfe Hannover für Menschen
mit geistiger Behinderung gGmbH

Der rote Faden fehlt (noch)

Hilfen zur Erziehung: Paritätische Expertise bei der Umsetzung einbringen

Die für die Kinder- und Jugendhilfe, und damit auch für die Hilfen zur Erziehung zentralen Seiten 48 ff. des Koalitionsvertrags lassen zusammengefasst kein konsistentes Bild für eine Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe erkennen. Relativ losgelöst voneinander stehen die Aussagen zu einzelnen Themengebieten, ein roter Faden ist – noch – nicht zu erkennen.

Ein Beispiel:

„Wir werden mit unserer Politik Kinder und Jugendliche unterstützen und ihnen Zeit geben, um ihre Begabungen zu erkennen und weiterzuentwickeln (...) Das Netz von Institutionen (...) soll so verdichtet werden, dass jede Familie die Hilfe bekommt, die sie braucht.“

Die Koalition konnte sich wohl noch nicht auf konkrete Vorhaben einigen, wie zum Beispiel die Stärkung und den Ausbau der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII oder Projekte zum Abbau von Zugangsbarrieren zu Angeboten. Stattdessen folgen ohne Übergang Aussagen zur weiteren Zuständigkeit der Jugendämter für junge Geflüchtete.

Ein weiteres Beispiel:

„Die Arbeit des Landesjugendamtes und Landesjugendhilfeausschusses werden wir weiterentwickeln und deren Stellungnahmen stärker in unsere politische Arbeit einbeziehen.“

Wohin weiterentwickeln? Und welche Bereiche des Landesjugendamtes? Diese Fragen bleiben ebenfalls offen. Zumindest lässt sich daraus – und das ist positiv zu werten – ein Bekenntnis



Die Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe hat viele Facetten. Beim therapeutischen Reiten profitieren Kinder mit Beeinträchtigungen vom direkten Kontakt mit Tieren. Beim Klettern in Hoch- und Niedrigseilgärten erfahren Kinder ihren eigenen Körper. Pädagogen unterstützen benachteiligte Kinder bei den Hausaufgaben.

Fotos: Kinderhaus Wittlager Land gGmbH

zur bestehenden Struktur der Zweigliedrigkeit des Landesjugendamtes und damit auch zum Landesjugendhilfeausschuss ableiten. Die Möglichkeit, dass der Landesjugendhilfeausschuss eigene Modellprojekte durchführt, wird leider nicht erwähnt.

Weiterhin fehlt es nach Ansicht der Koalitionäre „vor dem Hintergrund neuer gesellschaftlicher Herausforderungen“ an einem Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe. Im darauffolgenden Satz schließt die Koalition daraus: „Wir wollen daher (...) die Einrichtung einer Regionalstelle in der Jugendarbeit (sic!) zur Vernetzung von Aus- und Weiterbildung nut-

zen, um Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern“. Nach einem weiteren Absatz folgt die Absichtserklärung, besagtes Gesamtkonzept gemeinsam mit freien Trägern und den weiteren Akteuren zu entwickeln.

Selbst treffen CDU und SPD keine genauen Aussagen darüber, was das Konzept enthalten soll. Aus unserer Sicht ist das klar: Wichtig wäre es, insbesondere Themenkomplexe wie die Fachkräftesicherung und eine Stärkung der Landesjugendhilfeplanung aufzunehmen. Ganz grundsätzlich stellt sich allerdings die Frage, welche Wirkung ein Landeskonzept vor dem Hintergrund der kommunalen

Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe entfalten kann.

Umso mehr wird es darauf ankommen, in den nächsten Jahren die Expertise aus der Kinder- und Jugendhilfe einzubringen, um die angesprochenen Punkte mit Leben und konkreten Vorhaben zu füllen. Hierbei muss es uns als Paritätischem noch besser gelingen, unsere Vorstellungen, Ideen und praktische Kompetenz an die Politik heranzutragen. Der Start der Gespräche des Fachbereichs mit den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Niedersächsischen Landtag ist dafür ein guter Anfang.

Zusammengefasst lassen sich folgende konkrete Punkte aus dem Koalitionsvertrag für die Rahmenbedingungen der Hilfen zur Erziehung in den künftigen Jahren herausfiltern:

- SPD/CDU befürworten die Zuständigkeit der Jugendämter für junge Geflüchtete (vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Entwicklungen auf Bundesebene gewinnt dies an Bedeutung)
- Landesjugendamt und Landesjugendhilfeausschuss bleiben erhalten, ihre Arbeit soll weiterentwickelt werden.
- Es soll ein Gesamtkonzept für die Kinder- und Jugendhilfe entstehen.
- Die Arbeit der Niedersächsischen Kinderkommission wird fortgeführt.
- Die Modelle der Kinderschutzzentren in Hannover und Oldenburg sollen landesweit ausgedehnt werden.
- Geprüft werden soll die Einführung eines Landeskinderschutzgesetzes zur Bündelung landesrechtlicher Zuständigkeiten des Kinderschutzes.
- Ausbau der Familienbildung und Familienerholung.

- Bei der Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit sollen freie Träger weiter eine Rolle spielen.

Der Koalitionsvertrag bietet also einige Anknüpfungspunkte, die es in den nächsten vier Jahren zu einer tragfähigen und zukunftsweisenden Politik zu bündeln gilt. Angesichts des Gestaltungsspielraums stehen wir als freie Träger vor der Herausforderung, unsere Expertise bei dieser Ausgestaltung wirkungsvoll einzubringen.

*Dietrich Bangen, Tim Ellmer
und Per Moller*

*Sprecher des Fachbereichs Hilfen
zur Erziehung*

*Dominik Baier, Fachberater
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Über die erfolglose Suche im Heuhaufen

Die Schullandheime kommen im Koalitionsvertrag nicht vor

Leider kommt den Schullandheimen in den Koalitionsverträgen auf Landesebene seit Jahren eine eher geringe, bzw. keine Bedeutung zu. Dies zeigt sich auch im Vertragswerk von SPD und CDU: Die Suche nach dem Begriff „Schullandheim“ ergibt null Treffer. Allerdings ließen sich in der Vergangenheit, zum Beispiel im Koalitionsvertrag der rot-grünen Vorgängerregierung, trotzdem eine Reihe von Aussagen zu den für die Schullandheime bedeutsamen Themen finden. Aber auch diese Suche gestaltet sich diesmal schwierig. Weder zur außerschulischen Bildung, zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, zur Umweltbildung oder zu den Umweltstationen finden sich im Vertragswerk Aussagen.

So bietet der Koalitionsvertrag kaum Anknüpfungspunkte für die Arbeit der Schullandheime. Lediglich die beabsichtigte Stärkung der Bildungsregionen – hier auch mit expliziter Erwähnung der außerschulischen Partner – kann hierbei eine Chance sein. Über die Bildungsregionen vor Ort ließe sich die Zusammenarbeit mit Schulen und weiteren Bildungsakteuren ausbauen und die Vernetzung mit diesen verbessern.

Im Großen und Ganzen zeigt der Koalitionsvertrag: In den nächsten Jahren muss es den Schullandheimen besser gelingen, ihren Mehr- und Stellenwert gegenüber der Landespolitik zu verdeutlichen. Mit Blick auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen

wie Inklusion und Integration, Erd erwärmung und Klimaveränderung bieten die Schullandheime mit ihren Angeboten des sozialen Lernens in der Gruppe, der Umweltbildung sowie ihren weiteren pädagogischen Angeboten wichtige Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Diese Botschaft gilt es, unterfüttert mit vielen erfolgreichen Projekten und Beispielen aus der praktischen Arbeit, in den nächsten Jahren ins Land zu senden.

*Andreas Au
Schullandheim der Lutherschule e.V.*

*Dominik Baier
Fachberater
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Gute Ziele – falsche Maßnahmen?!

Was bringt die Koalitionsvereinbarung für Kindertagesstätten in Niedersachsen?

SPD und CDU erklären, dass sie die Qualität des Bildungssystems auf allen Ebenen verbessern wollen. Bessere und gerechtere Bildungschancen für Kinder, sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind zentrale Ziele der Regierungskoalition.

Folgerichtig findet sich in der Koalitionsvereinbarung jeweils ein Abschnitt zur frühkindlichen Bildung, zu den Ganztagschulen, zu Familienzentren und zur Inklusion.

In den allgemeinen Grundsätzen zur Verbesserung der Bildungschancen wird die frühkindliche Bildung allerdings nicht erwähnt. Dort werden lediglich die Verbesserung der Unterrichtsversorgung und der Zugang zu digitalen Medien in der Schule benannt.

Was sagt die neue Landeregierung konkret zu den Zielen und Maßnahmen in Kindertagesstätten?

Zunächst lässt sich feststellen, dass vieles beim Alten bleibt oder schon einmal dagewesen ist. Es wird erneut die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes (KiTaG) angekündigt. Die Investitionskostenförderung zum Krippenausbau wird ebenso fortgesetzt wie der stufenweise Anstieg der Finanzierung der dritten Fachkraft in der Krippe. Sogar das im Rahmen der zuletzt gescheiterten KiTaG-Novellierung diskutierte Stufenmodell zur langsamen Verbesserung der Fachkraftversorgung durch Faktorbildung findet sich wieder.

Die Sprachförderung vor der Einschulung soll mindestens im bisherigen Umfang in den Kitas erfolgen und in

deren Verantwortung liegen. Ist das die lang erwartete Abkehr von der Sprachförderung durch die Grundschule? Erhalten die Kitas zukünftig die finanzielle Förderung, die bisher an die Schulen geflossen ist, und die entsprechenden personellen Ressourcen? Den Kindern würde dies zugutekommen, denn ihre Sprachbildung und -förderung könnte verlässlich im vertrauten Rahmen und mit bekannten Bezugspersonen erfolgen.

SPD und CDU kündigen an, dauerhaft 60 Millionen Euro an die Kommunen weiterzugeben, damit diese einen verbesserten Personalschlüssel in Einrichtungen mit besonderen Herausforderungen finanzieren können. Ist dies die Verstetigung der „QUIK-Richtlinie“, mit der die Drittkräfte in Kindergartengruppen finanziert werden? Dies wäre ein Beitrag zur Verbesserung der Strukturqualität belasteter Kindergartengruppen. Damit fänden die langjährigen Forderungen der Praxis Berücksichtigung. Gleichzeitig wäre damit allerdings die Abkehr von der Schaffung kleinerer Gruppen in Krippen und Kindergärten verbunden, und es profitieren eben nicht alle Kindergärten.

Interessant ist die Ankündigung, ein Modell für eine duale Berufsausbildung zu entwickeln. Würden die Azubis die Zweitkräfte ersetzen, käme es wahrscheinlich zu einer Absenkung der Qualität in den Kitas, als dritte Kraft wären sie hingegen sicher eine Bereicherung. Auf die Sicherstellung der fachlich-theoretischen Bildung in diesem System dürfen wir gespannt sein.

Bezeichnend ist, dass die Koalition die Attraktivität des Lehrerberufs durch

gute Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung und Wertschätzung verbessern will. Für die Fachkräfte in den Kitas formuliert sie solche Ziele nicht.

Jedes Kind in Niedersachsen soll eine Einrichtung besuchen können, in der der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag sehr gut gewährleistet ist. Wie damit die Interessen der Kindertagespflege berücksichtigt werden, bleibt unklar. Die Parteien erfüllen ihr Wahlversprechen des beitragsfreien Kindergartens ab August 2018. Für den leichten Zugang zur Kita ist die Beitragsfreiheit jedoch wirkungslos. Kinder von Geringverdienenden und Armutsbetroffenen besuchen bereits heute beitragsfrei die Kita.

Als Träger der freien Jugendhilfe sind wir selbstverständlich für die Beitragsfreiheit aller Kitas. Wir glauben jedoch, dass die niedersächsische Regierung die falschen Prioritäten setzt und zum jetzigen Zeitpunkt lieber in die Strukturqualität der Kitas investieren sollte. Kleinere Gruppen, gut qualifizierte Fachkräfte mit guten Arbeitsbedingungen und gut ausgestattete, bedarfsgerechte und wohnortnahe Kitas verbessern die Bildungs- und Teilhabechancen aller Kinder. Dies wären zukunftsichernde Entscheidungen für das Land, eine sinnvolle Unterstützung von Familien mit Kindern und ein wirkungsvoller Beitrag für das Aufwachsen niedersächsischer Kinder in Wohlergehen.

*Eltje Jahnke
Vorständin
Kindertagesstätten- und
Beratungsverband KiB e.V.*

Freie Schulen benötigen auskömmliche Finanzierung

Bürokratisches Berechnungsmodell abschaffen – Schulsozialarbeit auch für freie Schulen

Die Koalitionsvereinbarung stellt fest, dass freie Schulen die Schullandschaft mit ihren besonderen Schulprofilen und innovativen Angeboten bereichern, sich der Inklusion stellen und vor diesem Hintergrund die Finanzhilfe für bestehende und neu gegründete Schulen in freier Trägerschaft überprüft und angemessen weiterentwickelt werden soll. Die Große Koalition erkennt ausdrücklich die innovativen Impulse freier Schulen für die niedersächsische Bildungslandschaft an und will sich der Problematik ihrer Finanzierung in der jetzigen Legislaturperiode annehmen.

So positiv diese Regelung im Koalitionsvertrag klingt, ist doch festzuhalten, dass schon die rot-grüne Vorgängerregierung die ministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet hat, in der gemeinsam mit Vertretern der freien Schulen, die Finanzhilferegulungen des Schulgesetzes weiterentwickelt werden sollen. Die Waldorfschulen haben im letzten Jahr mit ihrer Kampagne „Mehr finanzielle Luft für Waldorfschulen“ darauf hingewiesen, dass die Schülerbeträge für Waldorfschulen um 500 Euro pro Schüler und Jahr unter dem Bundesdurchschnitt liegen und freie Schulen in Niedersachsen strukturell unterfinanziert sind. Diese Unterfinanzierung kann nur durch zusätzliche Haushaltsmittel ausgeglichen werden. Mangels klarer politischer Vorgaben in diese Richtung kämpft sich die Arbeitsgruppe durch die statistischen Daten des 2007 eingeführten Berechnungsmodells für Schülerstunden, Lehrerstundensätze, Stichtage, Besoldungstabellen etc. und versucht die zwischenzeitlichen Veränderungen im Schulsystem durch Ganztagschule, Inklusion, Einführung



Schülerin an einer Waldorfschule: Freie Schulen brauchen Planungssicherheit.

Foto: Bund der freien Waldorfschulen LAG Niedersachsen/Bremen

der Oberschule und der IGS als Regelschule so einzuarbeiten, dass freie Schulen ihrer Schulform entsprechende Schülerbeträge als Finanzhilfe erhalten.

Es ist nicht zielführend, das komplexe und bürokratisch aufwändige alte Berechnungsmodell fortzuschreiben. Vielmehr sollten aus dem Landeshaushalt die einschlägigen Ausgaben für Schule und Bildung ermittelt werden, damit als Finanzhilfe ein bestimmter Prozentsatz dieser Ausgaben als sogenannter Schülerkopfsatz geleistet werden kann. Der Prozentsatz könnte so bemessen werden, dass freie Schulen Schülerinnen und Schülern unabhängig von den Einkommensverhältnissen ihrer Eltern offenstehen, weil das Schulgeld den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern entsprechend erhoben werden kann.

Freie Schulen stehen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Existenzfähigkeit in der Verantwortung des Landes und deshalb kann die Formulierung im Koalitionsvertrag, „SPD und CDU wollen an allen Schulen die schulische Sozialarbeit in Landesverantwortung ausbauen“, nur so gemeint sein, dass

auch Schulen in freier Trägerschaft gleichermaßen von diesen zusätzlich im Haushalt bereitgestellten Mitteln profitieren. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn Schulen in freier Trägerschaft mangels finanzieller Förderung von schulischer Sozialarbeit ausgeschlossen werden.

Es bleibt nur zu hoffen, dass in der Frage der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft die neue Landesregierung ähnlich dynamisch zu Werke geht wie bei der aktuellen Schulgesetznovelle.

Die vorgesehene Flexibilisierung des Einschulungstermins und die damit einhergehende Stärkung des Elternwillens, die Einführung außerschulischer Sprachförderung und die Fortführung der Förderschule Lernen zeigen, dass die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen wieder stärker in den Vordergrund der gesetzgeberischen Arbeit gestellt werden und sich die Politik um einen gesamtgesellschaftlichen Konsens bemüht.

Michael Kropp
 Freie Waldorfschule Braunschweig/
 Landesarbeitsgemeinschaft
 Niedersachsen/Bremen

Neue Gefahren erfordern neue Lösungen

Politik muss die Drogenprävention in der Fläche stärken

„Die Aufklärung und Beratung über die Gefahren und den Missbrauch von Drogen soll unvermindert fortgesetzt werden. Wir wollen dabei auch die Prävention und Aufklärungsarbeit über die Gefahren und Entwicklungen im Bereich der nicht stoffgebundenen Süchte einbeziehen. Wir lehnen die Freigabe von sogenannten ‚weichen Drogen‘ ab.“ So steht es im Koalitionsvertrag der niedersächsischen Großen Koalition.

Wir begrüßen, dass die Landespolitik die Präventionsarbeit der Suchtberatungsstellen im Blick hat und eine Einbeziehung der nicht stoffgebundenen Süchte, wie die Mediensucht fördert. Die Finanzierung des Modellprojekts re:set ist ein guter Ansatz und wir hoffen, dass sich die Landesregierung

dafür einsetzen wird, es in die Regelfinanzierung überzuleiten.

Allerdings fehlt immer noch die Sicherstellung der Suchtpräventionsarbeit in der Fläche. Aufgrund jahrelangen Einfrierens der Grundförderung sind immer mehr Suchtberatungsstellen personell und finanziell ungenügend aufgestellt. Es gibt nicht in allen Regionen Suchtpräventionsfachkräfte, und trotz guter Kooperationen mit anderen Suchtpräventionsanbietern, wie z.B. der Polizei oder einzelner Gesundheitsämter, ist längst nicht sichergestellt, dass die Suchtprävention in den Schulen in ausreichendem Maße gewährleistet werden kann.

Es ist wichtig, die Grundlagen der Beratungsarbeit abzusichern und auch

in diesem Bereich über eine Dynamisierung entsprechend der Gehaltsentwicklung nachzudenken.

Suchtprävention ist ein Bestandteil von verschiedenen Leistungsangeboten einer Suchtberatungsstelle. Und das Aufgabenfeld reicht von der niedrigschwelligen Arbeit bis zu den abstinenzorientierten Therapien. Hinzu kommt eine steigende Verantwortung für die Kinder von Suchtmittelabhängigen, für die auch die Suchtberatungsstellen nach § 8a oder 8b SGB VIII in der Garantenpflicht stehen.

Dies alles ist unter dem Eindruck aktueller Entwicklungen zu betrachten: einer wachsenden Anzahl von neuen chemischen Drogen mit zum Teil fatalen psychischen und körperlichen Auswirkungen und einem stark verbreiteten Konsum von Cannabis bei jungen Menschen. Angesichts der Gefährdung dieser Kinder, nun zusätzlich verstärkt durch Eltern, die den Blick vom Smartphone nicht mehr lösen können oder das Tablet als Babysitter benutzen, benötigt die Suchthilfe für die Zukunft mehr Ressourcen – und eine Politik, die bereit ist auch neue Wege auszuprobieren. Sei es durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten oder auch die Finanzierung von digitalen Technologien, die einen neuen Zugang zu den Einrichtungen der Suchthilfe ermöglichen.

*Hartmut Hünecke-Rost
Einrichtungsleiter
Jugend- und Drogenberatung
Wolfsburg
Hilfe für gefährdete Menschen e.V.*



Alkohol gilt als klassische Einstiegsdroge. Präventionsangebote und Aufklärungsarbeit für Jugendliche sind und bleiben wichtig.

Viele Ziele, begrenzte Mittel

Die Landesregierung hat sich in der Sozialen Psychiatrie viel vorgenommen

Im Bereich der Psychiatrie soll laut Koalitionsvertrag ein flächendeckendes, wohnortnahes und bedarfsgerecht ausgestaltetes, flexibles Netz von leicht zugänglichen Angeboten geschaffen werden. Dies ist sicher auch als ein Ergebnis des Landespsychiatrieplans anzusehen, den die vorherige Landesregierung in Auftrag gegeben hatte und der im Jahr 2016 vorgestellt worden ist. Mit der konkreten Umsetzung des Plans soll die Bildung von Versorgungsregionen vorangetrieben werden. Dabei soll der Fokus auf der Bildung Gemeindepsychiatrischer Zentren liegen, um so mit den regionalen Kliniken die Versorgung sicherzustellen.

Dies bedingt nicht nur die unkomplizierte Bereitstellung der bereits in der vorherigen Legislaturperiode in den Haushalt eingestellten Mittel. Eine konsequente Begleitung und Förderung der Umsetzung muss ein wichtiges Ziel sein. In diesem Kontext ist anzumerken, dass der Landespsychiatrieplan für zehn Jahre angesetzt wurde. Zwei Jahre sind bereits verstrichen, ohne dass bislang nennenswerte Projekte umgesetzt wurden.

Da die vollständige Teilhabe von Menschen mit (seelischen) Behinderungen am gesellschaftlichen Leben als ein Kernpunkt der niedersächsischen Sozialpolitik betrachtet wird, steht zu befürchten, dass es zu Verteilungsproblemen der knappen Haushaltsmittel kommt. Denn dies ist als ein vorrangiges Projekt zur Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention und zur Gestaltung eines barrierefreien Niedersachsens anzusehen. Es gibt also eine Vielzahl von benannten Zielen aus dem Bereich



Einsamkeit kann zu schweren psychischen Problemen führen. In Niedersachsen mit seinen ländlichen Regionen ist das ein zunehmendes Thema. Foto: angieconscious/pixelio.de

der Sozialen Psychiatrie, die vorhandenen Geldmittel allerdings sind überschaubar.

Die Landespsychiatrieberichteinstellung soll auch transparenter werden. Mit dem gesetzten Ziel, die Berichterstattung zu intensivieren, soll bei der weiteren Umsetzung der Novellierung des NPsychKG auch ein besserer Einblick in die psychiatrischen Versorgungsangebote im Land Niedersachsen gesetzlich geregelt werden.

Der Hinweis auf die konsequente Fachaufsicht der jetzt privatisierten Landeskliniken und die Überwachung der Einhaltung der Verträge, wie es noch im Koalitionsvertrag der vorherigen Landesregierung stand, fehlt nun allerdings gänzlich. Und das, obwohl die regelmäßige Berichterstattung des Ausschusses zur psychiatrischen Krankenversorgung seit Jahren eklatante Mängel bei der Behandlung von Patienten und der personellen und sächlichen Ausstattung aufzeigt.

Mit der bis zum 01.01.2020 vorgesehenen Einführung der neuen Regelungen durch das Bundesteilhabegesetz muss im Bereich der psychiatrischen Versorgung der Aspekt des Peer-counseling mehr Berücksichtigung finden. Bei allen aufkommenden psychosozialen Problemen muss eine Unterstützung aus Sicht der Betroffenen, aber auch aus Sicht der Angehörigen angeboten werden können. Die Erfahrung hat gezeigt, dass so das wachsende Risiko für die Zunahme von Problemen der körperlichen und seelischen Gesundheit der Menschen minimiert werden kann.

*Andreas Landmann und
Elke Steinmeyer
Sprechergremium Fachbereich
Soziale Psychiatrie im
Paritätischen Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Für eine eigenständige Jugendpolitik

Die Große Koalition in Niedersachsen muss die Jugendarbeit stärken

Rund 40 Mal findet sich der Begriff „Jugend“ im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Niedersachsen wieder. Zum Vergleich: Die Wörter „Senioren“ und „Ältere“ kommen jeweils nur viermal vor.

Hat die neue Landesregierung die besonderen Interessen, Bedürfnisse und Lebenswelten junger Menschen also im Blick? Findet sich im Koalitionsvertrag eine eigenständige Jugendpolitik für Niedersachsen wieder, die die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen in den Mittelpunkt ressortübergreifender politischer Handlung stellt und Partizipation, Engagement und Freiräume für junge Menschen ermöglichen will?

Ohne Frage, es geht an vielen Stellen im Koalitionsvertrag um wichtige Dinge, auch für junge Menschen: Bildungspolitik, Chancengleichheit, Schulsozialarbeit, Ausbildung, Jugendarbeitslosigkeit, Jugendberufsagenturen, bessere Förderung der Jugendverbände und, und, und ...

Während allerdings im Entwurf des GroKo-Koalitionsvertrags auf Bundesebene die Fortführung einer „eigenständigen Jugendpolitik“ und einer expliziten „Jugendstrategie“ vereinbart wurde, findet sich im Koalitionsvertrag der niedersächsischen Großen Koalition dazu leider nichts. Gerade weil in den letzten Jahren in Niedersachsen die Partizipation junger Menschen ein wichtiges jugendpolitisches Thema war, fällt außerdem besonders auf, dass das Wort „Partizipation“ aber auch „Engagement“ im Zusammenhang mit jungen Menschen kein einziges Mal im Vertrag vorkommt.

Und wie sieht es mit Aussagen zur Kinder- und Jugendhilfe aus? Hier kündigt die Landesregierung an mit „den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, den Kommunalen Spitzenverbänden, dem Landesjugendamt und dem Landesjugendhilfeausschuss ein Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe“ zu erarbeiten und die Arbeit des Landesjugendamtes und des Landesjugendhilfeausschusses weiterzuentwickeln. Hier steht für uns vor allem an, dass die bisherige „Landesjugendhilfeplanung“ in Form der reinen Berichterstattung zu einzelnen Themenfeldern zu einer echten Landesjugendhilfeplanung weiterentwickelt wird. Ungeklärt ist für uns auch die Frage, wie neben der schulorientierten „Sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung“ (mit Schulsozialarbeitern im Landesdienst) ergänzend auch Angebote einer jugendhilfeorientierten Schulsozialarbeit von freien Trägern an Schulen erhalten und langfristig verankert werden können.

Was uns als Jugendverband besonders freut: Die Mittel für die Jugendverbände sollen erhöht, das Förderprogramm „Generation Hoch Drei“ fortgeführt und das Jugendfördergesetz an „eine zeitgemäße Jugendarbeit angepasst werden“.

Einer kritischen fachlichen Debatte bedarf sicherlich noch die Ankündigung der Landesregierung, dass ein „Schwerpunkt der Jugendarbeit“ künftig die „Extremismusprävention“ sein soll. Neben der Frage, ob der wissenschaftlich umstrittene „Extremismusbegriff“ als Grundlage für die Jugendarbeit überhaupt tauglich ist, muss auch diskutiert werden, ob die

Zuweisung einer solchen spezialisierten Präventionsaufgabe überhaupt den im SGB VIII formulierten Aufgaben und dem Selbstverständnis der Jugendarbeit entspricht.

In den vergangenen Jahren ist die (offene) Jugendarbeit immer mehr unter Druck geraten. Sowohl die Zahl der Einrichtungen als auch die Zahl der Beschäftigten ist kontinuierlich gesunken. Es fehlt vielerorts an ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen. In Niedersachsen ist der Anteil der kommunalen Einrichtungen der (offenen) Jugendarbeit gegenüber denen in freier Trägerschaft im Vergleich zum Bundesdurchschnitt außerdem überdurchschnittlich hoch.

Wirksamer, als den Fokus auf eine spezielle „Extremismusprävention“ zu legen, wäre es deshalb, diesem Trend entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, dass die Jugendarbeit an allen Orten in Niedersachsen ausreichend mit personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet wird, damit alle jungen Menschen die gleichen Möglichkeiten und Zugänge zu Angeboten der Jugendarbeit erhalten. Denn Jugendarbeit bietet jungen Menschen die Möglichkeit, Erfahrungen von Mitbestimmung, Selbstwirksamkeit und Verantwortung zu machen, und ist damit per se ein wichtiger Lernort für eine demokratische und solidarische Gesellschaft. Jugendarbeit wirkt, auch präventiv.

David Janzen
Jugendbildungsreferent
Paritätisches Jugendwerk

Licht und Schatten

Gute Ansätze bei der Geburtshilfe, zu wenig Engagement für die Familienplanung

pro familia Niedersachsen sieht hinsichtlich der Förderung von Familien, für eine kinderfreundliche Gesellschaft und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gute Ansätze im Koalitionsvertrag der SPD/CDU-geführten Landesregierung. Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch wird z.B. eine finanzielle Unterstützung für die künstliche Befruchtung zugesagt. Wir begrüßen ebenfalls, dass Maßnahmen zur Sicherstellung der Geburtshilfe im ländlichen Raum ergriffen werden sollen. Dazu gehören eine bessere Hebammenversorgung und hebammengeführte Kreißsäle.



Familienplanung ist für viele Paare nicht nur emotional, sondern auch finanziell ein schwieriges Thema.
Foto: JMG/pixelio.de

Wir hoffen, dass in diesem Zusammenhang zeitnah die Forderung des Landesfrauenrats und der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros nach einem Landesaktionsplan „Gesundheit rund um die Geburt“ erfüllt wird. pro familia Niedersachsen unterstützt dieses Ziel uneingeschränkt, um die Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels auch auf der Landesebene sicherzustellen. Eine flächendeckende gute gesundheitliche Versorgung ist darüber hinaus aber für alle Bereiche der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zu gewährleisten. Dies betrifft neben Schwangerschaft und Geburt auch Verhütung und Schwangerschaftsabbruch – ein Faktum, das leider keine schriftliche Erwähnung im Koalitionsvertrag fand. Wir werden auf die ausreichende medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbruch weiterhin im Interesse der betroffenen Frauen ein Auge haben. Dazu gehört auch das notwendige flächendeckende Angebot einer Methodenvielfalt.

Außerdem bedauern wir sehr, dass die Fortsetzung der niedersächsischen Bemühungen für eine bundeseinheitliche Regelung zur kostenfreien Übernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen nicht im rot-schwarzen Koalitionsvertrag niedergeschrieben wurde. Dies hat für pro familia oberste Priorität, zeigt doch unser vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Jugend und Senioren geförderte Modellprojekt „biko“ in Wilhelmshaven sehr deutlich, dass der Bedarf vorhanden ist – sowohl bei der Beratung zu individuell geeigneten Verhütungsmitteln als auch deren Kostenübernahme.

Wir wissen, dass ein Koalitionsvertrag die groben Richtlinien vorgibt und nicht die politischen Details der Umsetzung in Parlament und Ministerien beschreibt. Aber dennoch hätten wir es sehr begrüßt, wenn eine finanzielle Kompensation für die stetig erweiterten Aufgaben-

bereiche der staatlich anerkannten Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen festgeschrieben würde. Psychosoziale Beratung zu unerfülltem Kinderwunsch oder bei Pränataldiagnostik, Mitarbeit in den Netzwerken Frühe Hilfen, Begleitung der Vertraulichen Geburt, kultursensible Beratung von geflüchteten Menschen: Das sind komplexe zusätzliche Aufgabenfelder. Sie erfordern medizinische, psychologische und sozialpädagogische Fachkompetenz in interdisziplinären Teams. pro familia Niedersachsen stellt sich landesweit den gestiegenen Herausforderungen. Aber die Förderung der qualifizierten Fachkräfte muss sich auch adäquat an den gestiegenen interdisziplinären fachlichen Anforderungen ausrichten.

Uta Engelhardt
Landesgeschäftsführerin
pro familia Landesverband
Niedersachsen e.V.

Ehrliche Diskussion nicht in Sicht

Die Große Koalition packt die echten Probleme in der Pflege nicht an

Im gesamten Abschnitt des Koalitionsvertrags zur Pflege steht nichts Verkehrtes geschrieben. Aber es stellt sich die Frage, inwieweit diese Willenserklärung der Koalitionäre (elfmal ist im Text von „wollen“ die Rede) tatsächlichen Einfluss auf die im Land Niedersachsen für die Ausgestaltung und Finanzierung der Pflege verantwortlichen Akteure (Leistungserbringer und Leistungs-/Kostenträger) auf Grund der derzeit so gewollten Selbstverwaltung nehmen kann?

Allein die Tatsache, dass es zur bundesweit gültigen Pflegegesetzgebung 16 unterschiedliche Ausführungsverfahren gibt und Niedersachsen dabei z.B. bezüglich der derzeitigen Personalschlüssel und der Vergütungshöhen bundesweites Schlusslicht ist, lässt kaum Optimismus aufkommen, dass sich nun diese Verhältnisse grundlegend und zeitnah ändern werden!

Den zweiten Absatz des Abschnitts, die Bestandsaufnahme der aktuellen Situation, würde ich mir ab Satz 3 so wünschen: Die Menschen in der Pflege leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft, zu dem die öffentliche Wertschätzung sowie die Bezahlung in einem krassen Missverhältnis stehen! Wenn es nicht in allernächster Zeit gelingt, dies durch deutlich verbesserte Personalschlüssel und eine verbindliche Vergütung der in der Pflege Arbeitenden mindestens auf dem Niveau des TVöD-B aufzulösen, wird sich die derzeitige, so nicht länger hinnehmbare Situation für die zu pflegenden Menschen und die Pflegenden weiter verschärfen!

Deshalb muss die Landesregierung den Druck auf den Bundesgesetzgeber so-

fort und deutlich erhöhen, die im PSG II vorgeschriebene Entwicklung und Erprobung eines Verfahrens zur einheitlichen Bemessung der Personalmenge dann auch sofort in Form einheitlicher Schlüssel in den Einrichtungen umzusetzen, um endlich auch in der Pflege zu einheitlichen Lebensverhältnissen zu kommen. Dazu gehört aber auch die ehrliche Aussage, dass dies nicht ohne eine deutliche Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zu machen sein wird.

Die Aussage zur künftigen Förderung der Investitionskosten ist in der Formulierung nicht nachvollziehbar und damit substanzlos. Die Verbesserung der Personalsituation kann nur durch Personalschlüssel mit einem deutlich verbesserten Verhältnis von zu pflegenden Menschen je Pflegeperson sowie eine Vergütung auf dem Mindestniveau des TVöD-B erreicht werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass man damit schon von einer gerechten Bezahlung sprechen kann! Dazu bedürfte es einer breiten Diskussion gesellschaftsrelevanter Verantwortungsträger, die zurzeit – und eben auch im Koalitionsvertrag – nicht in Sicht ist.

Die Aussagen zur Kurzzeitpflege klingen vielversprechend, aber auch hier gilt das bereits oben Gesagte bezüglich der tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der Landesregierung. Für die Zukunftsplanung muss auch die neu geschaffene Pflegekammer einbezogen werden, denn hier ist der Sachverstand der Pflegenden versammelt.

Im Zusammenhang mit den Aussagen zur Ausbildung nimmt die Große Koalition keinen Bezug zur bundesweit beschlossenen Reform der Ausbildung der

Pflegeberufe in Richtung Generalistik – warum? Geht die neue Landesregierung davon aus, dass dieses hochumstrittene Vorhaben vielleicht gar nicht zur Umsetzung kommt? Dazu gehört aber auch die dringende Änderung der derzeitigen Regelung in Niedersachsen, die Ausbildungskosten über die Pflegesätze zu finanzieren: Die bezahlt damit jeder Heimbewohner mit! Zudem werden die Auszubildenden derzeit auf den Personalschlüssel angerechnet, zu Lasten der ausgebildeten Fachkräfte, die neben ihrer eigentlichen Arbeit für und mit den Pflegebedürftigen auch noch mit der Praxisanleitung betraut werden müssen: Diese doppelte Belastung muss weg!

Und zuletzt: Mit keinem Wort werden im Koalitionsvertrag die eigentlichen „Pflegerinnen und Pfleger der Nation“ erwähnt, nämlich die pflegenden Angehörigen. Es sei denn, sie sind im Absatz zum PSG III in der zu gewährleistenden flächendeckenden Beratung oder in der Sicherstellung der Pflegeinfrastruktur „versteckt“. Rund 80 Prozent aller zu Pflegenden werden immer noch zu Hause von ihren Angehörigen eher versorgt als gepflegt. Die hier unterstützende ambulante Pflege ist kapazitätsmäßig noch weit vom eigentlichen Bedarf entfernt. Dem soll mit dem PSG II nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ zwar massiv entgegenwirken werden. Aber der derzeit und noch länger bereits bestehende Fachkräftemangel in der Pflege existiert auch hier.

*Hans-Ulrich Rausch-Gurlitt
Geschäftsführer*

*Friedrich-Rittelmeyer-Haus gGmbH
Pflegeheim*

Armut ist ein Querschnittsthema

Alleinerziehende besonders betroffen – Viele Politikfelder gefragt

Armutsbekämpfung muss ein zentrales Anliegen jeder Landesregierung sein und ist bitter nötig. Das zeigt eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung: Die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden mit einem Kind liegt demnach bei 68 Prozent und nicht bei den auch schon erschreckenden 43 Prozent, die bisher im Raum standen. Das Land muss diese Forschungsergebnisse aufnehmen und in wirkungsvolle Politik umsetzen. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene vehement für die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung einsetzen. Sozialministerin Carola Reimann hat erste vorsichtige Signale in diese Richtung gegeben. Der echte Bedarf für Kinder muss endlich unabhängig berechnet werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket muss so ausgebaut werden, dass jedes Kind die Materialien bekommt, die es tatsächlich benötigt – vom Tablet bis zu den Fachbüchern.

Seit 20 Jahren setzt der Gesetzgeber auf Beratung im Rahmen von Trennungsprozessen in Familien. Ausbau und Spezialisierung der Jugendämter und Beratungseinrichtungen hinken hinterher. Erfreulich, wenn „das Netz [...] verdichtet werden soll“, wie es im Koalitionsvertrag heißt. Ausbildung und Schulung des Fachpersonals gehört dazu. Möge der Landesjugendhilfeausschuss die Themen aufgreifen und engmaschig begleiten. Die Landesregierung will die Stellungnahmen der Gremien schließlich „zukünftig besser in die politische Arbeit einbeziehen“.

„Die Landesregierung setzt sich für die weitere Förderung der Familienverbände ein.“ Auch das steht im Ko-

alitionsvertrag. Eigentlich braucht sie nur die Förderung der tatsächlichen Aufgaben entsprechend anzuheben. Angebote zur Familienfreizeit mit Bildungsangebot und Zuschussvermittlung zur Familienerholung machen sich nicht zum Nulltarif, ebenso wie die Unterstützung von Alleinerziehenden auf allen Ebenen.

Der soziale Wohnungsbau soll ausgebaut werden. Das hilft hoffentlich auch den Alleinerziehenden, viele finden derzeit schlicht keinen bezahlbaren Wohnraum. Mütter können nach gewaltbelasteten Trennungen nicht das Frauenhaus verlassen und blockieren dort die wenigen Schutzplätze. Die geplante Wohnungsbauförderung ist nur für wenige Alleinerziehende ein Instrument, 70 Prozent haben gar kein Geld für den Erwerb von Wohneigentum.

Bildung und Betreuung sollen auf vielen Ebenen angegangen werden. Beitragsfreiheit im Kindergarten ist gut, hilft den meisten Alleinerziehenden aber nicht, weil sie aufgrund ihrer Finanzlage ohnehin keine Beiträge zahlen. Wichtig ist der qualitative Ausbau, denn nur wenn die eigenen Kinder gut versorgt sind, gehen Mütter auch ohne schlechtes Gewissen einer Berufstätigkeit nach. Lässt der Ganztagsbereich in der Kita schon zu wünschen übrig, ist die Versorgung im Grundschulbereich schlicht unzureichend. Nachmittagsangebote im Lückentext und 13 Wochen geschlossene Tore in den Schulferien sind keine Basis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Rückgang von Arbeitsvolumen oder gar Arbeitslosigkeit von Alleinerziehenden fallen in diese Lebensphase. Land und Kommunen

müssen daran gemeinsam arbeiten, auf Augenhöhe und ohne nur die jeweils eigenen Finanzen im Auge zu haben. „Lehrerversorgung und Fortbildung sollen auf dem Plan stehen.“ Wir erwarten, dass die Lebenswelten von Einelternfamilien und entwicklungspsychologische Erkenntnisse für gelingendes Kinderleben Standards in der Ausbildung werden.

„Die Interessen der Kindertagespflege sollen berücksichtigt werden“, schreiben SPD und CDU. Da muss Konkretes folgen. Wir erwarten die Umsetzung eines eigenen Berufsbildes mit existenzsichernder Bezahlung. Erprobte Konzepte brauchen nur umgesetzt werden.

Letzter Punkt ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Alleinerziehende haben eine hohe Erwerbsbeteiligung. Die Entwicklung des fachlichen Potenzials sollte im Zentrum der Förderung stehen. Die finanzielle Förderung der verschiedenen Bausteine muss angeglichen werden und existenzsichernd sein (BAB, SGB II, BAFÖG, Ausbildungsvergütung). Gleichzeitig muss Zeit und Kraft für das Miteinander in der Familie bleiben. Diesen Rahmen muss die Gesellschaft – heißt in diesem Fall: unsere Landesregierung – gestalten. Denn die verantwortungsbewusste Begleitung von Kindern ins Leben ist der Grundstock für eine stabile, demokratische Welt von morgen.

Monika Placke

Landesgeschäftsführerin

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Niedersachsen e.V.

Integration als Randthema

Migration: SPD und CDU werden nur bei Restriktionen konkret

Der Koalitionsvertrag greift viele Themen auf, zum Teil recht detailliert. Bemerkenswert ist deshalb die Behandlung der Themen Migration und Flucht: Falls überhaupt erwähnt, bleibt es meist bei Allgemeinplätzen. Lediglich in den restriktiven Bereichen wird es konkret. Dies ist umso erstaunlicher, da noch vor kurzer Zeit das Thema Flucht die Medien dominiert hat und Menschen mit Migrationshintergrund eine relevante Minderheit in Niedersachsen darstellen. In den Kapiteln zur Bildung kommt das Thema fast nur bei den berufsbildenden Schulen vor. Als gäbe es an den übrigen Schulen keinen Förderbedarf. Immerhin die Entfristung der bestehenden Stellen in der Sprachförderung ist gewollt. Das hilft, die Lehrkräfte in den Sprachlernklassen zu halten, und ist zu begrüßen. Das Ziel ist aber erst erreicht, wenn jedes Kind mit Förderbedarf zeitnah in ganz Niedersachsen eine Sprachlernklasse besuchen kann – auch Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Bereicherung der Kulturlandschaft durch Kreative mit Migrationshintergrund spielt im Vertrag keine Rolle.

Aber SPD und CDU möchten politisch und religiös motivierten Extremismus bekämpfen. „Wir setzen auf Aussteigerprogramme und Landesprogramme gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus“, heißt es. Ein Ausbau ist indes nur bei den Angeboten zu Salafismus und bei der Kompetenzstelle Islamismusprävention geplant. Das ist richtig und wichtig. Aber müssen nicht auch Angebote zum Rechtsextremismus ausgebaut werden? Deutlich mehr terroristische Straftaten in Deutschland gehen auf Rechtsextremismus als auf Islamismus zurück. Nachdem rechte Positionen auch in den Parlamenten (wieder) angekommen

sind und rechtsextreme Äußerungen zunehmend hoffähig werden, sollte darauf doch ein starkes Augenmerk liegen.

SPD und CDU bekennen sich zum Grundrecht auf Asyl, zum Zugang zu einem fairen Asylverfahren und zur menschenwürdigen Unterbringung. Das hat Verfassungsrang, ist also lediglich als deklaratorisch zu begreifen. Schade, dass es erwähnt werden muss. Aber besser einmal mehr als einmal zu wenig. Weitergehende Bekenntnisse beziehen sich eher auf Möglichkeiten zur zügigen Rückführung und zum Abbau von Abschiebehindernissen. Nur Personen mit einer „absehbaren rechtlichen oder faktischen Bleibeperspektive sowie Familien“ sollen noch auf die Kommunen verteilt werden. Menschen, die bereits in einem anderen EU-Land registriert wurden, sollen gemäß Dublin-Verordnung dorthin abgeschoben werden.

Die Koalition will alle Möglichkeiten zur langfristigen Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht nur bei Personen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ ausschöpfen, sondern den Personenkreis noch ausweiten. Menschen, deren Asylantrag noch nicht entschieden ist oder abgelehnt wurde, können verpflichtet werden, bis zu 24 Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Da Kinder und Jugendliche, die in der Erstaufnahme leben, nicht der Schulpflicht unterliegen, besteht ein großes Risiko für die Lernkontinuität. Die Angebote in den Einrichtungen können das Unterrichtsangebot der Regelschule nicht ersetzen. SPD und CDU haben sich auch darauf geeinigt, im Bundesrat für die Ergänzung der „sicheren Herkunftsländer“ um den Maghreb zu stimmen – ungeachtet dessen, dass zahlreiche

Menschenrechtsverletzungen in den Maghrebstaaten registriert werden.

Das Tragen eines Kopftuchs soll nicht nur Richterinnen verboten werden, sondern auch Staatsanwältinnen, Schöf-finnen und Referendarinnen. Da das Referendariat Grundlage der Juristinnen- und Referendarinnenbildung ist, kommt dies einem Berufsverbot für kopftuchtragende Musliminnen gleich. Ein klarer Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. Gleichzeitig werden im Absatz „Gleichstellung und Antidiskriminierung“ Migrantinnen und Migranten nicht als Betroffene von Diskriminierung erwähnt. Zwar wendet sich die Koalition allgemein gegen jede Form der Diskriminierung. Explizit erwähnt sie aber nur Frauen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen. Als ob Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Akzent oder Nachname in Niedersachsen keine Rolle spielte.

Integration und Teilhabe sollen ausgebaut werden. Nur hat das Land neben der beruflichen Qualifizierung lediglich die Stärkung der bei den Kommunen angegliederten Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe im Blick. Das Bekenntnis zur seit Jahrzehnten mit freien Trägern erfolgreich arbeitenden „Kooperative Migrationsarbeit in Niedersachsen“ fehlt. Stattdessen sollen die Koordinierungsstellen zusätzlich Anlaufstellen für Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration werden, eigentlich eine originäre Tätigkeit der Jobcenter und Arbeitsagenturen. Warum die Koordinierungsstellen dafür besonders qualifiziert sind, lässt der Vertrag offen. Wie so vieles andere.

Uwe Erbel
IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.

Die Kinderpolitik braucht frischen Wind

CDU und SPD müssen vereinbarte Ziele jetzt konkretisieren

Die drängenden Fragen des Kinderschutzes und der Kinderrechte anpacken: Wir erwarten von der Landesregierung eine konsequente Kinderpolitik. Zwei große Vorhaben hat die Regierungskoalition aus SPD und CDU in diesem Bereich.

Landeskinderschutzgesetz

Wir begrüßen es sehr, dass die Koalition eine „Bündelung von landesrechtlichen Leistungen des Kinderschutzes in einem Landeskinderschutzgesetz“ prüfen will. Dies sollte unter der Prämisse geschehen, den Strukturen des Kinderschutzes mehr Transparenz zu geben und gleichzeitig die Kinderpolitik in Niedersachsen stärker zu profilieren.

Ein Landeskinderschutzgesetz sollte das politische Fundament für die Verwirklichung der Kinderrechte legen. Insofern ist darin die eigenständige Rechtspersönlichkeit von Kindern herauszustellen (vgl. UN-Kinderrechtskonvention). Kindern werden nicht nur besondere Fürsorge- und Schutzrechte zugesprochen, sondern ausdrücklich auch Rechte auf Partizipation. Der Kindeswille soll dabei nicht nur angehört, sondern höchstmöglich berücksichtigt werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, in diesem Sinne die Realisierung einer Leitlinie eines partizipativen Kinderschutzes zu fördern. Das bedeutet, insbesondere Beteiligungsstrukturen und Beschwerdeformen für Kinder – wie sie auch im Bundeskinderschutzgesetz seit 2012 festgeschrieben sind – voranzutreiben und umzusetzen.

Dringende Schritte sind:

- Auf kommunaler Ebene sind flächendeckend unabhängige Ombudsstellen einzurichten. Dorthin können sich Kinder direkt und auf kurzem Weg wenden, um sich über Verletzungen ihrer Rechte zu beschweren. Wir setzen uns dafür ein,



Regeln für den Kinderschutz müssen überall dort gelten, wo sich Kinder aufhalten.

dass der kommunale Kinderschutz – insbesondere in den ländlichen Regionen Niedersachsens – Netzwerke entwickelt, welche auch von Kindern und Jugendlichen selbstständig genutzt werden können.

- Auf institutioneller Ebene sind eigene Kinderschutzkonzepte zu entwickeln – überall dort, wo Kinder und Jugendliche Bildung und Freizeit erleben: in Einrichtungen, Verbänden und Organisationen.
- Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene und damit in ihrem direkten Lebensumfeld soll gefördert werden. Ihre

Möglichkeiten, auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss zu nehmen und an politischen Entscheidungen teilzuhaben, sollen grundsätzlich gefördert und erhöht werden.

Niedersächsische Kinderkommission

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Arbeit der Niedersächsischen Kinderkommission intensiviert werden soll. Wir erachten es für unerlässlich, dass die landesweite Interessenvertretung mit Parlamentsnähe für Kinderrechte dauerhaft etabliert wird. Wir plädieren dafür, die bewährte Arbeitsform der letzten Legislaturperiode fortzuführen, die auf Basis einer wissenschaftlichen Expertise qualifizierte Ergebnisse über kommunale Beteiligungsformen erarbeitet hat.

Ergänzend fordern wir, kommunale Beauftragte zu etablieren, die ein aktives Netzwerk der Kinder- und Jugendbeteiligung bilden. Nur eine Politik, welche Kinder angemessen beteiligt, kann Zukunft konkret gestalten und unsere demokratische Gesellschaft sichern. Dies sollte sich auch in der Zusammensetzung der Kinderkommission spiegeln. Der Kinderschutzbund plädiert dafür, dass über Mitglieder der Fraktionen hinaus weitere externe Plätze auch mit jugendlichen Vertreterinnen und Vertretern besetzt werden. So würde eine Politik mit und durch Kinder(n) und Jugendlichen verankert.

Johannes Schmidt

Vorsitzender

Deutscher Kinderschutzbund

Landesverband Niedersachsen e.V.

Der zweite Arbeitsmarkt muss her

Große Koalition will erfolgloses Programm für Arbeitslose fortführen

Armut und Langzeitarbeitslosigkeit – diese beiden Themen haben sowohl im Bundestags- wie auch im Landtagswahlkampf eine große Rolle gespielt. In dem 138 Seiten starken niedersächsischen Koalitionsvertrag ist allerdings nicht viel zu diesem Thema zu finden. „Die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt trotz Erfolgen am Arbeitsmarkt ein besonderes Problem, dem auch in der kommenden Legislaturperiode besondere Aufmerksamkeit gelten muss“, schreiben die Koalitionäre da. „Menschen mit Vermittlungshindernissen wollen wir stärker an den regulären Arbeitsmarkt heranführen. Wir wollen das Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit fortsetzen und nach zwei Jahren evaluieren.“

Das ist in der Tat dringend nötig. Denn das aktuelle Landesprogramm ist durch die Kopplung der Arbeitsplatzprämie an die Voraussetzungen Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse und Wettbewerbsneutralität ein Fehl-

schlag. Die Zahlen sprechen für sich: In Hannover gibt es zurzeit etwa 40 von geplanten 250 Stellen. In anderen Landkreisen sieht es ganz ähnlich aus. Dabei ist die Kopplung an diese Bedingungen eigentlich unnötig. Bei dem in Frage kommenden Personenkreis der Langzeitarbeitslosen ist bei einer Beschäftigung selbst mit hundertprozentiger Förderung der Lohnkosten keine Wettbewerbsverzerrung zu erwarten. Personen, die zu alt für den freien Arbeitsmarkt sind, die psychische oder physische Probleme oder fehlende Bildungsabschlüsse haben, werden niemandem einen Arbeitsplatz wegnehmen. Wie es sich zeigt, beschäftigt keiner der großen hannoverschen Arbeitgeber einen Langzeitarbeitslosen, auch bei hundertprozentiger Förderung. Zu viele Hemmnisse und Bedenken stehen dagegen.

Die Realität sieht so aus: Träger von Beschäftigungsmaßnahmen nehmen sich – in Ermangelung passenderer

Maßnahmen – der Stellen des Landesprogramms an und übernehmen die Integration der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsprozess. Dabei müssen sie sich neben der Auflage zur Wettbewerbsneutralität eben auch mit den zuvor genannten Auflagen zur Zusätzlichkeit und zum öffentlichen Interesse auseinandersetzen. Eine sinnvolle, marktnahe Beschäftigung ist da kaum noch möglich.

Wenn also das Landesprogramm fortgesetzt werden soll, dann nur unter Wegfall dieser Förderhürden, die eine Einstellung eher verhindern als unterstützen. Die Langzeitarbeitslosen brauchen echte Chancen und Möglichkeiten und keine Pseudoförderung.

Armut und Arbeitslosigkeit sind eng miteinander verknüpft. Nur der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt kann Langzeitarbeitslose aus der Armutsfalle befreien. Deshalb muss die stabile Einrichtung und Finanzierung eines zweiten oder sozialen Arbeitsmarktes – der Name ist am Ende egal – endlich Ziel der beiden großen Parteien sein. Dann wäre die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen für keine der Parteien „eine große Herausforderung“ mehr. Eine Möglichkeit wäre der Passiv-Aktiv-Transfer (PAT), bei dem die „passive“ Grundsicherung von Betroffenen im SGB II in eine Bezuschussung „aktiver“ sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse umgewandelt wird. Eine Win-Win-Situation, bei der Arbeit finanziert wird und nicht länger Arbeitslosigkeit!

Astrid Schubert
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Werkstatt-Treff Mecklenheide e.V.



Obdachloser auf der Straße: Sozialpolitik muss auch Perspektiven für Menschen schaffen, die schon lange Zeit arbeitslos sind.
 Foto: Henning Hraban Ramm / pixelio.de

Mensch, Du hast Recht!

70 Jahre Menschenrechte: Schwerpunktthema 2018 des Paritätischen Gesamtverbands



www.mensch-du-hast-recht.de

Der Paritätische Wohlfahrtsverband tritt täglich für die sozialen und individuellen Menschenrechte ein: Wir weisen auf Menschenrechtsverletzungen hin, informieren die Öffentlichkeit und setzen uns in der sozialen Arbeit für die Rechte und Freiheiten

erste Satz des Dokuments sichert jedem Menschen weltweit gleiche Rechte und Freiheiten zu – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sozialer Anschauung, ethnischer und sozialer Herkunft. Menschenrechte sind angeboren, unveräußerlich, universell und unteilbar.

Nationen haben sich zwar auf diese Rechte als Grundlage für ihr Handeln verpflichtet. Seit ihrer Verkündung haben die Menschenrechte Eingang in internationale Vereinbarungen, völkerrechtlich bindende Konventionen und nationale Verfassungen gefunden. Doch weiterhin werden weltweit Menschenrechte schwer verletzt. Auch 70 Jahre nach Verabschiedung der Erklärung durch die Vereinten Nationen muss ihr Schutz immer wieder neu eingefordert werden. Es sind unsere Rechte. Wir alle müssen sie kennen. Denn nur wer seine Rechte kennt, kann sie achten und für sie eintreten.



aller Menschen ein. Von besonderer Bedeutung sind in unserer Arbeit die Themen Wohnen, Bildung und Gesundheit, Teilhabe und Selbstbestimmung, Schutz, Zuflucht und Hilfe.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde am 10. Dezember 1948 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie umfasst 30 Artikel, in denen die Rechte und Freiheiten eines jeden Menschen festgelegt sind. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Gleich der

Zum 70. Geburtstag der Erklärung in diesem Jahr hat sie an Aktualität und Dringlichkeit nichts eingebüßt. Deshalb widmen wir uns 2018 dem Thema Menschenrechte auf besondere Weise – mit verschiedenen Aktionen, mit einer Plakatkampagne, mit Aufklärung in den sozialen Netzwerken.

Dieser Einsatz ist heute so nötig wie 1948. Die Staaten der Vereinten

Beim Paritätischen Verbandstag am 19. und 20. April 2018 in Potsdam dreht sich alles um die Durchsetzung, den Schutz und die Wahrung insbesondere auch sozialer Menschenrechte.

Neben Fachvorträgen und Denkanstößen aus der Praxis wird es mehr als 20 themenspezifische Workshops geben. Mitgliedsorganisationen und Bündnispartner werden konkrete Projekte, eigene Kampagnen und Materialien ihrer menschenrechtsorientierten Arbeit vorstellen. Es wird umfassend Raum für Vernetzung und Austausch geben.

Die Veranstaltung ist offen für alle Interessierten. Details zu Programm und Anmeldung sowie weitere Veranstaltungshinweise und Informationen zu unserer Kampagne gibt es unter www.mensch-du-hast-recht.de.

Digitalisierung im Fokus

Jahreskonferenz in Soltau: Paritätischer lotet Chancen aus

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. will die Zukunft der sozialen Arbeit aktiv mitgestalten. Bei der Paritätischen Jahreskonferenz in Soltau, an der 200 Führungs- und Fachkräfte aus dem gesamten Landesverband teilnahmen, stand der digitale Wandel ganz oben auf der Tagesordnung. „Die Digitalisierung betrifft die soziale Arbeit ganz enorm“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen in Niedersachsen. „Wir müssen die Chancen und Herausforderungen

und Organisationsberatung in der Beratergruppe Hohenzollern Sieben aus Hannover. Die beiden stießen eine intensive Debatte über Einsatzmöglichkeiten und Grenzen digitaler Technologien an. Einigkeit herrschte bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern darüber, dass die mobile Kommunikation vielfältige Chancen für die Vernetzung bietet; dass aber sowohl das Personal in der sozialen Arbeit als auch die betreuten Menschen im Umgang damit geschult und unterstützt werden müs-

ren – vom Hundesitter über die Nanny bis hin zur Pflegekraft für die demente Großmutter. „Wir haben diese Entwicklung im Blick“, sagt Birgit Eckhardt. „Das kann uns einerseits anspornen und auf neue Ideen bringen. Wir müssen aber auch mit dazu beitragen, dass solche Angebote nicht zu einer Erosion der Qualität in der sozialen Arbeit führen.“ Die Freie Wohlfahrt müsse an dieser Stelle, wie bei der Entwicklung neuer Technologien überhaupt, eine Wächterfunktion einnehmen. „Es darf nämlich nicht sein, dass bei der einfachen Vermittlung von Personal über drei Mausklicks die Qualifikation und die in Jahrzehnten erarbeiteten Standards der sozialen Arbeit auf der Strecke bleiben.“ Der Paritätische selbst werde neue Technologie stets begrüßen, sie aber auch kritisch hinterfragen und nur dort einsetzen, wo sie für die Menschen sinnvoll ist. Soziale Arbeit zeichne sich gerade durch die direkte Interaktion zwischen Menschen aus, betonten auch die beiden Wissenschaftler Bode und Hartmann. Technik könne das niemals ersetzen.



Volles Haus: 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. sprachen in Soltau über die Fortentwicklung des Verbands in Zeiten der Digitalisierung.

neuer Technologien bewerten und ausgewählte Technik zum Wohle der von uns betreuten Menschen einsetzen. Dabei darf und kann der Einsatz neuer Technologie niemals den zwischenmenschlichen Kontakt ersetzen.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahreskonferenz diskutierten unter anderem mit zwei ausgewiesenen Fachleuten über dieses Thema: Prof. Dr. Ingo Bode forscht an der Uni Kassel zum Schwerpunkt organisationale und gesellschaftliche Grundlagen; Dr. Christian Hartmann hat mehrere IT-Unternehmen geleitet und arbeitet mit den Schwerpunkten IT-Management

sen. Alte, traditionsreiche Modelle der sozialen Arbeit, etwa die Gemeindepflege als Alternative zu stationären Großeinrichtungen, könnten über den Einsatz zeitgemäßer Kommunikation eine echte Renaissance erfahren. Roboter zum Beispiel können in der ambulanten Pflege eingesetzt werden, um ältere Menschen bei der Hausarbeit zu unterstützen.

Andererseits muss die Freie Wohlfahrt auch über den Tellerrand schauen. Junge Start-up-Unternehmen sind längst dabei, zum Beispiel Plattformen für die unkomplizierte Vermittlung von Betreuungspersonal am Markt zu etablie-

Die Freie Wohlfahrt könne auch dabei helfen, die digitale Spaltung zu überwinden: Es gibt hohe Wissensunterschiede zwischen den verschiedenen Generationen, aber auch der Bildungsgrad entscheidet über die Fähigkeit, digitale Technik sinnvoll und gewinnbringend einsetzen zu können. Hinzu kommt der monetäre Aspekt: „Die unverändert hohe Armut in Deutschland führt dazu, dass sich ein signifikanter Anteil von Menschen bestimmte Technik gar nicht leisten kann“, sagt Birgit Eckhardt. „Das verhindert echte Teilhabe. Gemeinsam mit der Politik müssen wir an dieser Stelle aktiv werden, sonst riskieren wir eine weitere Spaltung der Gesellschaft.“



Landesvorsitzende Birgit Eckhardt (1), ihr Stellvertreter Rainer Flinks und der Vorsitzende des Verbandsrats, Kurt Spannig (3), gaben wichtige Impulse bei der Paritätischen Jahreskonferenz (4). Prof. Dr. Ingo Bode (5, von links) und Dr. Christian Hartmann diskutierten über die Digitalisierung der sozialen Arbeit. In Workshops vertieften die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die angerissenen Themen (6).

Sozialpreis für den Kreisverband Helmstedt

Im Rahmen seiner Jahreskonferenz hat der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. auch seinen Sozialpreis verliehen. Preisträger in diesem Jahr ist der Paritätische Kreisverband Helmstedt mit seiner Geschäftsführerin Andrea Zerrath. Der Kreisverband an der Grenze zu Sachsen-Anhalt hat im vergangenen Jahr ein Frauenschutzhaus eröffnet. „Dafür haben Sie lange gekämpft“, sagte Birgit Eckhardt bei der Verleihung. „Mit dem Sozialpreis würdigen wir Ihr außerordentliches Engagement für diese gute Sache.“ Der Sozialpreis ist mit 1500 Euro dotiert, die der Kreisverband nach eigenem Ermessen für Projekte einsetzen kann. „Das können wir wirklich gut gebrauchen“, sagte Kreisverbandsgeschäftsführerin Andrea Zerrath sichtlich gerührt.

Seit mehr als 30 Jahren ist der Paritätische Kreisverband Helmstedt ein

verlässlicher Dienstleister für viele Menschen. Die Sorge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Paritätischen gilt insbesondere dem nachhaltigen Wunsch alter Menschen und Menschen mit Behinderungen, ihr Leben in der gewohnten Umgebung nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten zu können.

Darüber hinaus hält der Paritätische Kreisverband Helmstedt eine umfangreiche Palette von sozialen Dienstleistungen für Menschen aller Generationen, für Behinderte und Kranke, alte Menschen und Ratsuchende, Familien und Kinder bereit.



Glückliche Gesichter: Abteilungsleiter Harald Fischer (von links), Vorsitzende Birgit Eckhardt, Preisträgerin Andrea Zerrath und Rainer Flinks, stellvertretender Vorsitzender des Paritätischen.

Wussten Sie schon ...?

Dieses Thema betrifft fast jede Einrichtung Seminarreihe zum Datenschutz erfolgreich gestartet

Mehr als 60 Teilnehmende haben sich in Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes im Januar und Februar in Hannover rund um das Thema Datenschutz informiert. Der Zuspruch zeigt: Das Thema ist brandaktuell. Kein Wunder, denn die EU-Datenschutzgrundverordnung muss bis zum 25. Mai dieses Jahres umgesetzt werden. In der Pflicht stehen da auch Vereine und Einrichtungen der sozialen Arbeit.



Beratungsgespräch am Telefon: Daten von Klienten müssen sensibel behandelt werden.

Die praktische Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung stand folglich im Fokus der Seminare. Welche Daten dürfen Einrichtungen von Kundinnen und Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder von Mitgliedern sammeln, verarbeiten und weitergeben? Wie gestaltet sich das in der Praxis? Wann ist die Bestellung einer oder eines Datenschutzbeauftragten erforderlich? Viele Themen wurden besprochen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekamen viele Tipps und konkrete Handlungsempfehlungen für die datenschutzkonforme Arbeit in der eigenen Einrichtung.

Aufklärung und Austausch über dieses Thema ist wichtig, denn in gemeinnützigen Vereinen und sozialen Organisationen sind schlicht viele personenbezogene Daten vorhanden. Daten müssen bei (nicht: vor?) einer nicht rechtmäßigen Verwendung stets geschützt werden, um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten auszuschließen. Ein professionell geführtes Datenschutzmanagement in einem Verein spricht für Vertrauens-

würdigkeit gegenüber Dritten. Dabei stehen Verantwortliche für den Datenschutz vor der Herausforderung, wie sich der Datenschutz rechtskonform und effizient umsetzen lässt.

Die EU-Datenschutzgrundverordnung rückt das Thema noch mehr in den Mittelpunkt. Auf Datenschutzverantwortliche in Mitgliedsorganisationen kommen ab Mai mehrere gesetzliche Änderungen zu. Die Datenschutzgrundverordnung löst zum Beispiel das bekannte „Verfahrensverzeichnis“ durch ein „Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten“ ab. Anders als das bisherige Bundesdatenschutzgesetz sieht die Datenschutzgrundverordnung nicht mehr vor, dass jedermann Einsicht in das Verzeichnis nehmen kann. Zudem entfallen bestimmte Meldepflichten von Organisationen an die Landesdatenschutzbehörde. Allerdings müssen Verantwortliche und Auftragsverarbeiter den Landesdatenschutzbehörden das Verzeichnis jederzeit auf Anfrage zur Verfügung stellen können. Unternehmen, Vereine und andere Einrichtungen mit weniger als 250 Mitarbeitenden müs-

sen kein Verzeichnis führen, wenn die Verarbeitung von personenbezogenen Daten kein Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen darstellt oder nur gelegentlich erfolgt oder keine besonderen Datenkategorien, wie Relations-, Gesundheitsdaten etc. oder strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten im Sinne der Datenschutzgrundordnung vorliegen.

Wichtig: Die Pflicht, ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten zu führen, besteht bereits dann, wenn nur eine der beschriebenen Fallgruppen zutrifft. Regelmäßig fallen in Mitgliedsorganisationen Lohn- und Gehaltsabrechnungen an und nicht nur gelegentlich. Gesundheitsdaten und Krankheitstage sind hier besonders relevant. Daher werden überwiegend alle Unternehmen, Vereine und andere Einrichtungen ein solches Verzeichnis führen müssen.

*Christian Zappe
Datenschutzbeauftragter und
Datenschutzberater
Paritätischer Wohlfahrtsverband
Niedersachsen e.V.*

Wussten Sie schon ...?

Die Aktion Mensch fördert auch die Anschaffung von Fahrzeugen

Die Aktion Mensch ist bekannt für die Förderung von Projekten und Investitionen. Das Förderspektrum ist aber viel größer und umfasst auch Förderungen mit eher geringen Summen. Eins dieser Programme, die sich nicht im sechsstelligen Bereich bewegen, aber trotzdem für die tägliche Arbeit eine große Hilfe sein können, stellen wir hier vor: die Fahrzeugförderung.

30 Prozent des Listenpreises müssen Antragsteller selbst finanzieren. Zur Verfügung steht eine Auswahl von Fahrzeugen (siehe www.aktion-mensch.de), vom Kleinwagen bis zum Transporter. Antragsberechtigt sind ambulante Dienste und Einrichtungen, teilstationäre Einrichtungen und Wohneinrichtungen, die das Fahrzeug zum Transport von Menschen mit Behinderung benötigen oder die die Lebenssituation von Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten verbessern. Das gilt insbesondere für die Begleitung von Menschen ohne Wohnung, Menschen aus gewaltgeprägten Lebensumständen oder Menschen, die aus einer geschlossenen

Einrichtung entlassen wurden. Förderkindergärten und Förderschulen sowie Werkstätten sind von dem Programm ausgenommen. Sonderausstattungen können übernommen werden, wenn sie zur Beförderung der betreuten Personen erforderlich sind.

Wichtig: Die Aktion Mensch fördert die ersten beiden Fahrzeuge. Anschließend wird nur im Wechsel gefördert – das dritte Fahrzeug nicht, das vierte wieder, das fünfte nicht usw. Mitgezählt werden auch Ersatzbe-

schaffungen. Sollte nur ein Fahrzeug gefördert worden sein, wird die Ersatzbeschaffung in diesem Fall nicht gefördert.

Anträge sind online unter <https://antrag.aktion-mensch.de> zu stellen. Weitere Informationen erhalten Sie bei Christiane Nedeljkovic, christiane.nedeljkovic@paritaetischer.de, 05 11 / 5 24 86-369. Allgemeine Fragen zu Fördermöglichkeiten beantwortet Fabian Hüper, fabian.hueper@paritaetischer.de, 05 11 / 5 24 86-361.

Neue Mitarbeiterin in der Abteilung Mitgliederförderung

Christiane Nedeljkovic ist seit Oktober 2017 in der Abteilung Mitgliederförderung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. tätig. Die gebürtige Hannoveranerin ist gelernte Sparkassenkauffrau und hat bei verschiedenen Banken und auch schon bei der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH in Hannover gearbeitet. Die vergangenen 24 Jahre war sie bei einer mittelständischen Privatbank beschäftigt und war dort lange in der Kundenberatung und zuletzt im Mitarbeitercoaching tätig. In ihrer neuen Tätigkeit ist sie unter anderem für die Ferien-, Bildungs- und Fahrzeuganträge bei der Aktion Mensch zuständig.

Christiane Nedeljkovic ist unter der Telefonnummer 0511 / 5 24 86-369 sowie per Mail an christiane.nedeljkovic@paritaetischer.de zu erreichen.

Neue Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle

Beate Fidura-Richter leitet den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Grundsatzfragen

Im Januar 2018 hat Beate Fidura-Richter die Leitung der Stabstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Grundsatzfragen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. übernommen.

Beate Fidura-Richter war über mehrere Jahre im Landesdienst tätig u.a. in der Wirtschaftsförderung und in

der Europa-Abteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei.

Aufbereitung und Verdichtung von Informationen zieht sich wie ein roter Faden durch ihre berufliche Laufbahn. Beate Fidura-Richter hat ihren Studienabschluss in Public Relations und Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Ihre Hauptaufgabe ist die Unterstützung

des Vorstands in der Vorbereitung von Terminen.

Beate Fidura-Richter ist unter Telefon 05 11 / 5 24 86-393 sowie per Mail an beate.fidura-richter@paritaetischer.de zu erreichen.



Beate Fidura-Richter

Studierende planen inklusive Arbeitswelt Kooperation zwischen Universität Hannover und Lebenshilfe

Die Lebenshilfe Hannover nimmt Kurs auf eine neue Arbeitswelt für komplex behinderte Menschen. Ein möglicher Standort für ein neues Arbeitsgebäude ist der Lindener Hafen im gleichnamigen hannoverschen Stadtteil. Dort bietet ein nicht mehr genutztes Gewerbegebäude auf einem großzügigen Grundstück vielversprechende Optionen für diese Herausforderung.

Die Lebenshilfe will bei der Realisierung dieses Vorhabens innovative Wege gehen. Schon die Architektur soll bestmögliche Bedingungen für Arbeit und Begegnung von Menschen mit und ohne Behinderung schaffen. Unter dem Motto „Architektur für einen inklusiven Sozialraum“ hat die Lebenshilfe deshalb zusammen mit der Leibniz Universität Hannover ei-

nen Wettbewerb ins Leben gerufen, Studierende der Fakultät für Architektur und Landschaft entwickeln derzeit im Rahmen ihrer Abschlussarbeit zukunftsorientierte Konzepte für eine Arbeitswelt, die Menschen mit Behinderung das Mitwirken an vielfältigen Tätigkeiten ermöglicht. Das Spektrum der Betrachtungen im Entwurfsprozess ist weit abgesteckt: Die Studierenden analysieren den Sozialraum, sie erfinden geeignete Nutzungsszenarien, planen die Transformation der bestehenden Architektur hin zu einer neuen Existenz und gestalten (zunächst noch auf dem Papier) die Freiräume zwischen Straße und Wasser auf dem Grundstück am Hafen. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Professorin Dr. Barbara Zibell (Planungs- und Architektursoziologie am Institut für Ge-

schichte und Theorie) und Professor Alexander Furche (Tragwerke am Institut für Entwerfen und Konstruieren) begleiten und betreuen die Studierenden.

Über die Qualität der Entwurfsergebnisse und deren Tauglichkeit für den Tagesbetrieb entscheidet im Frühjahr 2018 eine unabhängige Jury aus Vertreterinnen und Vertretern der Lebenshilfe, der Stadt Hannover und der Leibniz Universität. Eine Ausstellung in Hannover wird der Öffentlichkeit die Konzepte erläutern und zur Diskussion anregen.

Christine Lessen
Geschäftsführerin
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung gGmbH Hannover

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel
 Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de

 paritätisches
JUGENDwerk



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,
soziale Gerechtigkeit

Fachkräfte geben ihr Wissen weiter

Fortbildungszentrum Haus Sonnenwinkel ist eine Erfolgsgeschichte – und offen für alle

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmensverbunds Verbund Sozialer Dienste (VSD) haben ihre Ohren am Puls der Zeit. Wie gelingt Integration? Was bewegt junge Eltern? Wie kann man extremistischen Ansichten entgegenwirken? Im Fortbildungszentrum Haus Sonnenwinkel, in Trägerschaft eines gemeinnützigen Tochterunternehmens des VSD, gibt es Antworten auf solch aktuelle Fragen. Fast alle internen Fortbildungen des VSD finden dort statt. Knapp drei Jahre nach Beginn des Fortbildungsangebots gibt es in Bad Essen auch immer mehr Veranstaltungen für externe Gruppen.

„Unsere Fachbereichsleitungen bekommen von ihren Teams laufend Anregungen“, sagt VSD-Geschäftsführer Tim Ellmer. „Die versuchen wir, mit den Fortbildungen aufzugreifen.“ So gab es zuletzt Schulungen zum Umgang mit selbstverletzendem Verhalten, zu Nähe und Distanz oder auch Datenschutz. „Wir haben viel Know-how“, sagt Tim Ellmer. „Und für Themen, die unsere Fachkräfte nicht abdecken können, engagieren wir externe Referenten.“

Mit dem VSD entwickelt sich auch das Fortbildungszentrum stetig weiter. Im Herbst 2015 wurde beispielsweise eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Ausländer eröffnet. „Durch die Arbeit mit Flüchtlingen haben wir Mitarbeiter mit neuen Schwerpunkten wie interkulturelle Kompetenzen oder Demokratieförderung gewinnen können. Von ihrem Fachwissen profitieren auch die Pädagogen in den anderen Einrichtungen“, so Ellmer. Und nicht nur die: In einem kostenlosen Qualifizierungskurs über mehrere Wochen wurden ehrenamtliche Flüchtlingspaten ausgebildet.

Auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist der VSD gut aufgestellt. „Wir haben interne Fortbildungen zur Qualifizierung von Nicht-Fachkräften. Sie bekommen eine Ausnahmegenehmigung vom Landesjugendamt. Es erreichen uns vermehrt Anfragen von anderen Trägern, die ihre Nicht-Fachkräfte qualifizieren lassen möchten“, berichtet Ellmer. Somit konzipiert der VSD mittlerweile vermehrt auch



Fortbildungen für Externe. Überregional hat das Fortbildungszentrum im Oktober 2016 mit dem Fachtag zum Thema „Kinder mit Fluchterfahrungen“ Interesse geweckt. Im April 2018 gibt es den nächsten Fachtag: „Sehen, Erkennen, Handeln – Entwicklungsauffälligkeiten im Kindergartenalltag“.

Zum VSD zählt auch Charly's Kinderparadies, Träger von Krippen und Kindergärten in Osnabrück und Umgebung. Immer wieder bitten Mütter und Väter die Erzieherinnen und Erzieher um Rat. „Weil die Sorgen, Ängste und Probleme der Eltern nicht mal eben ‚zwischen Tür und Angel‘ behandelt werden können, ist im Herbst 2015 die Idee einer Elternreihe entstanden“, sagt Geschäftsführer Heinrich Mackensen. Zu den ersten

Themen im Frühjahr 2016 zählten u.a. „Erste Hilfe am Kind“ und „Umgang mit Trauer“. Höhepunkt der Reihe war ein Abend mit dem Erziehungsberater Jan-Uwe Rogge, zu dem fast 200 Gäste erschienen. Rogge ist im März auf Einladung des Fortbildungszentrums mit einem neuen Programm in Bad Essen zu Gast. Es folgen sieben weitere Elternabende von April bis November.

Weitere Themen des Fortbildungszentrums sind Musik- und Theaterpädagogik, Medienkompetenz, Gesunde Ernährung, Traumapädagogik und politische Bildung – u.a. (Rechts-) Extremismus-, Populismus- und Radikalisierungsprävention. Tim Ellmer betont: „Man kann auch Wünsche an uns herantragen, und wir konzipieren die Fortbildungen in Absprache. Diese können in unseren Räumen oder als In-House-Schulungen stattfinden.“

Mehr Informationen gibt es unter www.haussonnenwinkel.de/fortbildungszentrum.html.

Lars Herrmann
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
VSD – Verbund Sozialer Dienste gGmbH

„Gemeinsam können wir richtig stark sein“ Ein neues Amt: Frauenbeauftragte in den Werkstätten

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat Frauenbeauftragte zum festen Bestandteil von Werkstätten für Menschen mit Behinderung gemacht: Sie kümmern sich um Probleme der Kolleginnen im Werkstattalltag, unterstützen Betroffene dabei, Grenzen aufzuzeigen und Nein zu sagen. „Es ist für uns eine ganz neue Aufgabe“, sagen Sevim Kubat und ihre Stellvertreterin Annette Stoll von der Lebenshilfe Braunschweig. „Aber wir freuen uns über das Vertrauen, solch eine besondere Funktion zu übernehmen. Denn damit können wir auch unsere Kolleginnen stärken.“



Steigen mit Tatkraft in ihr neues Amt ein: Anette Stoll und Sevim Kubat sind Frauenbeauftragte für die Werkstätten der Lebenshilfe Braunschweig. Foto Elke Franzen

Mit der Einführung von Frauenbeauftragten in Werkstätten macht der Gesetzgeber deutlich, dass er sich für die Vorbeugung von Diskriminierung und Gewalt stark macht und den eingeschlagenen Weg zur Selbstbestimmung konsequent weitergeht.

Es ist ein breites Spektrum, für das die frisch gewählten Vertreterinnen ein Ohr und am besten auch gleich ei-

nen Rat haben wollen. Als Ansprechpartnerinnen auf Augenhöhe sollen Frauenbeauftragte die Rechte von weiblichen Werkstattbeschäftigten in den Bereichen

- Gleichstellung von Männern und Frauen
- Vereinbarkeit von Familie und Beschäftigung und
- Schutz vor körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt vertreten.

„Wir haben selbst erst mal Schulungen besucht, um uns Fachwissen anzueignen“, erläutern die beiden Frauen, die sich gern für andere einsetzen. „Nur so können wir die weiblichen Werkstattmitarbeitenden über ihre Rechte informieren und ihnen helfen, Grenzen und deren Überschreitungen zu erkennen.“

Gleichzeitig gehöre es zu ihren Aufgaben, im Austausch mit Werkstattleitung und Werkstatttrat die Interessen dieser Frauen zu vertreten. Dafür

werden die beiden stundenweise von ihrer Arbeit im Versandhandel für die Bundesvereinigung Lebenshilfe und der Montage-Dienstleistung freigestellt.

Ebenso wichtig sind Unterstützerinnen, die den Frauenbeauftragten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben assistieren. „Wir wollen auch gut mit den Leitungskräften und vor allem dem Werkstatttrat zusammenarbeiten“, sagen die beiden Funktionsträgerinnen. Für Sevim Kubat ist das besonders einfach: Sie ist auch in dieses Gremium mit einer enormen Zustimmung gewählt worden. „Gemeinsam können wir richtig stark sein.“

*Elke Franzen
Leitung Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Braunschweig*

ACHTUNG

Für die Ausgabe 02/2018
des Parität Report ist
Redaktionsschluss am
Montag, 7. Mai 2018

Bitte schicken Sie Ihre
Beiträge und Bilder in
druckfähiger Größe
(ab 1 MB, Einzeldatei) an
report@paritaetischer.de

Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir kurz vorstellen. Weitere Informationen über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Website www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

A.B.S. – Arbeit, Bildung & Soziales e.V., Dannenberg

Der Verein wurde 2017 als Verein von Betroffenen und Flüchtlingshelfern gegründet. Zweck ist die Bildung und Erziehung, die Förderung der Hilfe für politisch, ethnisch, religiös oder aus anderen Gründen des Geschlechts Verfolgte sowie für Flüchtlinge und Erwerbslose, der Jugend- und Altenhilfe und Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Hilfe zur Selbsthilfe steht dabei im Vordergrund. Durch die unterschiedlichen Angebote und Projekte wird der ganzheitliche Ansatz gewährleistet. Das sogenannte Zukunftszentrum ist die erste Anlaufstelle und Begegnungsstätte mit verschiedenen Begegnungs- und Kulturprojekten. Zu den Angeboten gehören unter anderem Fachkräftequalifizierung, eine Produktionsschule sowie der Betrieb eines kleinen Ladens mit Dingen aus der Kreativwerkstatt. Die offene Cafeteria bietet als Kontakt- und Anlaufstelle die Möglichkeit für Informations- und generellen Austausch und gegenseitige Unterstützung.

Bürgertreff e.V. Verein für Förderung Interkulturellen Lebens, Hann. Münden

Der Bürgertreff e.V. ist eine Interessengemeinschaft, die sich aus Anwohnern des Quartiers zusammensetzt, die versuchen, das Wohnen im Quartier zu beleben und zu bereichern. Der Bürgertreff engagiert sich in zahlreichen Projekten sowie Aktionen, die der Förderung des Dialogs zwischen den Generationen und Nationalitäten dienen. Dazu gehören beispielsweise Hausaufgabenhilfe, Deutschkurse für Ausländer, interkulturelle Arbeit, Maßnahmen zum Abbau von Sprachbarrieren, interkulturelle Zusammenkünfte und individuelle Lernhilfen. Die Vereinsmitglieder treffen sich regelmäßig zum Gedankenaustausch und zur Planung ihrer Aktivitäten. Ziel ist es, die unterschiedlichen Sichtweisen an einen Tisch zu bringen, den gegenseitigen Austausch zu unterstützen und von dem daraus entstehenden konstruktiven Widerspruch zu profitieren. Es soll eine Erhöhung der Zufriedenheit der Bewohner mit ihrer Lebens- und Wohnsituation sowie eine Verbesserung des Wohnumfeldes erreicht werden.

KEJ – Kompetenzzentrum Erlebnispädagogik und Jugendarbeit e.V., Hannover

KEJ e.V. ist ein gemeinnütziger und anerkannter Träger der freien Jugendhilfe, der die jahrzehntelange Arbeit des VEJ (Verein für Erlebnispädagogik und Jugendsozialarbeit) e.V. auf dem Gebiet der Jugendarbeit, Fortbildung und der Erlebnispädagogik unter einem neuen Dach fortsetzt. Das qualifizierte Team von pädagogischen Fachkräften bietet Kurse, Seminare, Aus-, Weiter- und

Fortbildungen, Fachvorträge und Beratung zu verschiedenen handlungs- und erfahrungsorientierten Methoden in der pädagogischen Arbeit an. Im Fokus der pädagogischen Arbeit mit Gruppen und Individuen stehen ereignisreiche Aktivitäten mit hohem Erlebnispotenzial wie Klettern in der Halle und am Fels, an Bäumen oder im Seilgarten; Kanu- oder Floßfahrten, gemeinsame Aktionen in der Natur u.a. Diese Aktivitäten weisen eine hohe pädagogische Wirksamkeit auf und begünstigen die Konstitution neuer Erfahrungen und Handlungsmuster. Ziel der Arbeit ist es, das soziale Miteinander in Gruppen zu stärken, die Persönlichkeitsentwicklung von Individuen zu fördern, sowie Naturerfahrung und Bewegungsangebote zu ermöglichen.

Lebenshilfe Stade-Buxtehude gGmbH, Stade

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Hilfe für Menschen mit Behinderung, der Volks- und Berufsbildung, des Wohlfahrtswesens sowie die selbstlose Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen im Sinne von § 53 AO. Der Zweck der Gesellschaft wird zukünftig insbesondere verwirklicht durch die Einrichtung einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) und Schaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen in Stade und Buxtehude. Hierbei möchte der Verein besonders Menschen mit Behinderung eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Die drei Gesellschafter der gGmbH sind die Lebenshilfe Stade e.V., die Lebenshilfe Buxtehude e.V. und die Werkhof und Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven gGmbH.

Rampen für Goslar e.V., Goslar

Der Verein Rampen für Goslar e.V. besteht aus Mitgliedern mit sichtbaren und unsichtbaren Handicaps. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, allen Menschen mit Handicap zu helfen und die Barrierefreiheit zu erhöhen. Des Weiteren unterstützt er Menschen, die durch Behinderung in Notlagen geraten sind. Gemeinsam mit Partnern wie dem lokalen Blinden- und Gehörlosenverein führt der Verein Ortsteilbegehungen durch. Hierbei zeigt er den Verantwortlichen die Schwachpunkte auf und drängt auf Abhilfe – was nicht immer leicht ist. Ferner ist Rampen für Goslar e.V. auch beim Tourismusverband tätig, um barrierefreien Urlaub zu ermöglichen. Der Verein macht sich stark, um noch besser gehört zu werden und dadurch seine Ziele noch konstruktiver verwirklichen zu können. Aus diesem Grund wird das bestehende und gut funktionierende Netzwerk permanent ausgebaut.

Stadorfer Hilfen für Menschen mit einer Behinderung GmbH, Schwienau

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Wohlfahrtswesens, die Förderung der Hilfen für behinderte Menschen und die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen im Sinne des § 53 AO, die infolge ihres körperlichen, geistigen und/oder seelischen Zustandes auf Hilfe anderer angewiesen sind. Ziel und Schwerpunkt in der Zukunft der GmbH sind die Betreuung, Erziehung und Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit einer geistigen und/oder körperlichen Behinderung. Ziel ist die Schaffung von Wohnraum, Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten und die Unterstützung von Eltern durch ambulante Dienste. Im Mittelpunkt der Arbeit soll die Förderung der Selbst-

ständigkeit stehen, ausgerichtet an den jeweiligen individuellen Bedürfnissen aus und orientiert an dem Normalisierungsprinzip. Die inklusive Teilhabe ist ein wichtiges Ziel der Arbeit.

Therapiehilfe e.V., Hamburg

Seit mehr als 40 Jahren finden Menschen mit Sucht- und Lebensproblemen bei dem Verein Therapiehilfe sinnvolle Hilfsangebote. Die verschiedenen Therapiehilfe-Einrichtungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten liegen in Norddeutschland (u. a. eine Fachstelle für Sucht und Suchtprävention im Landkreis Rotenburg/Wümme). Die Hilfestellung ist mit folgenden Zielen verbunden: Die Vermittlung von Hoffnung auf Veränderung, sowie die Entwicklung von neuem Lebensmut mit Zukunftsperspektiven. Wichtig ist dabei, die Selbstheilungskräfte und die Selbstbestimmung sowie Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Ratsuchende Menschen finden im Verein u.a.: kompetente, qualifizierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, individuelle Behandlung, ambulante Ganztagestherapie in Hamburg und Bremen, stationäre oder ambulante Therapien, Wiedereingliederung in Schule und Beruf sowie Arbeit und Beschäftigung. Durch ein vielfältiges, kompetentes Netzwerk werden verschiedene Angebote zu einem qualifizierten, zielgerichteten Betreuungs- und Behandlungsprozess gebündelt.

UNTER EINEM DACH gemeinnützige UG, Hannover

Chancengleichheit fördern, Integration unterstützen und Perspektiven für Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte schaffen, das ist das Ziel der Initiative UNTER EINEM DACH, denn die eigene Zukunft selbstwirksam zu gestalten ist Grundvoraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Gemein-

sam mit ihren Kooperationspartnern bietet die Gesellschaft dreimonatige berufliche Orientierungspraktika im Handwerksbereich sowie praxis- und alltagsbezogenen Sprachunterricht an. Das Team von UNTER EINEM DACH denkt und handelt divers, sozial und integrativ und unterstützt Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte individuell auf dem Weg in Aus- und Weiterbildung sowie beim Start ins Berufsleben. Es arbeitet daran, durch die Bündelung und Verbreitung von Angeboten einheitliche und zugängliche Informationsstrukturen zu schaffen, Orientierungshilfe zu bieten und einen Austausch anzuregen. Das Praktikumsangebot richtet sich an alle Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte, unabhängig von der aktuellen Asyldebatte.

Vereinigung-TransSexuelle-Menschen e.V., Melle

Die Vereinigung-TransSexuelle-Menschen e.V. (VTSM) ist einer der wenigen Vereine, der ausschließlich für Menschen mit transsexuellem Hintergrund – Menschen mit gegengeschlechtlichen Körpermerkmalen (Neuro-Genitales-Syndrom NGS) – geschaffen wurde. Menschen mit Transsexualität (NGS) kommen mit gegengeschlechtlichen Körpermerkmalen zur Welt. Sie haben ein ganz klares Wissen, welches Geschlecht sie haben, entweder Mann oder Frau, und benötigen den stimmigen und funktionalen geschlechtsangepassten Körper. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gestellt, Vorurteile und Missverständnisse zur Transsexualität abzubauen. Er möchte Betroffenen bei der Selbstfindung helfen und ihnen bei ihrem ganz individuellen Weg zur Seite stehen. Auch will sich der Verein für die spezifischen Bedürfnisse der Menschen mit transsexuellem Hintergrund einsetzen und Arbeiten

unterstützen, die dazu führen, die Hintergründe der Transsexualität (NGS) besser zu verstehen.

Wege zur Inklusion e.V., Göttingen

Der Verein wurde im Jahr 2016 durch zehn Mitglieder mit dem gemeinsamen Ziel gegründet, die Inklusion in der Region Göttingen voranzutreiben. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht Barrieren zu identifizieren, abzubauen und für die Situation von Mobilitätseingeschränkten Personen zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck wurden

unterschiedliche Projekte angestoßen, um zunächst die Göttinger Innenstadt barrierefrei zu gestalten. Eines davon ist das Projekt „Stadtrampe“, bei dem Geschäfte mit mobilen, platzsparenden Rampen ausgestattet werden. Langfristig sollen alle Projekte des Vereins überregional in andere Städte ausgeweitet werden. Hierzu soll eine Stelle geschaffen werden, um eine Webanwendung mit der Kartierung der Zugänglichkeit von Geschäften und öffentlichen Gebäuden in Göttingen zu schaffen.

Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet:

Rubrik Presse auf

www.paritaetischer.de

oder

im E-Mail-Abo

Schreiben Sie an
report@paritaetischer.de

Kompetent. Professionell. Persönlich.



Wir beraten und vertreten Sie in den Bereichen:

- Rente
- Pflege
- Hartz IV
- Gesundheit
- Behinderung
- Patientenverfügung/
Vorsorgevollmacht

1917 - 2017

Der SoVD feiert sein
100-jähriges Jubiläum!

100 Jahre verlässlicher Partner an Ihrer Seite.

100
Jahre
SoVD
Sozialverband
Deutschland

SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.

Herschelstraße 31 | 30159 Hannover

0511/70148-0 | info@sovd-nds.de | www.sovd-nds.de



Verbandsjubiläen

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. in den Monaten Januar, Februar und März 2018:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 2008)

- Familienzentrum Osterholz-Scharmbeck e.V. & Mehrgenerationenhaus, Osterholz-Scharmbeck
- Frauen für Frauen e.V., Lüchow
- help – Sozialwerk der Friedenskirche Buchholz e.V., Buchholz
- Prävention, Bildung und Jugendhilfe e.V., Hohenberg
- Verein zur Förderung des Treffpunktes Frauen und Kinder e.V., Hannover
- Werkgemeinschaft DIE BRÜCKE BRAMSCHE gGmbH, Bramsche

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1998)

- Lebenshilfe Rinteln e.V., Rinteln

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1993)

- Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen Bremervörde/Zeven gGmbH, Bremervörde
- Verein für Sozialmedizin Schoeningen e.V., Schöningen
- Aktion 99 Pfennig Partnerschaftliche Entwicklungshilfe e.V., Seesen
- Förderkreis der Grundschule Husum e.V., Husum
- Kinder- und Jugendhilfe für Europa e.V., Sögel

- Kompass e.V. – Verein zur Förderung der psychischen Gesundheit und sozialen Integration, Braunschweig
- LÜTT'N Peerhoff Heilpädagogisches Arbeiten mit dem Pferd – Heilpädagogisches Reiten e.V., Lilienthal
- STELLWERK e.V. Verein zur Förderung seelischer Gesundheit, Gifhorn
- Tagungshaus Himbergen e.V., Himbergen
- Tragende Gemeinschaft zur Förderung behinderter Menschen e.V., Kirchlinteln

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1988)

- Persönliche Hilfen e.V., Diepholz
- Wohnpark am Wall gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH, Braunschweig
- Wilhelmshavener Aids-Hilfe e.V., Wilhelmshaven

35 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1983)

- Werk- und Lebensgemeinschaft Dalle e.V., Eschede OT Dalle
- Gehörlosen-Verband Südniedersachsen e.V., Göttingen
- Ex und Job Soziale Dienstleistungen e.V., Wunstorf
- Verein für Kinder e.V., Oldenburg
- Verein zur Förderung Körperbehinderter Celle e.V., Celle

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1978)

- Kinderhaus Wittlager Land e.V., Bad Essen
- Verein für Suizidprävention e.V., Hildesheim
- Waldorfkindergarten-Verein Hildesheim e.V., Hildesheim
- Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V., Wilhelmshaven

45 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1973)

- Elterninitiative „Ein Haus für Kinder“ e.V., Stade
- Heide-Werkstätten e.V., Walsrode
- Kindergartenverein Seppensen e.V., Buchholz
- Verein Elternselbsthilfe e.V., Oldenburg

50 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1968)

- Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH, Wilhelmshaven

60 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1958)

- Psychagogisches Kinderheim Rittmarshausen e.V., Gleichen

70 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 1. Quartal 1948)

- Mansfeld-Löbbecke-Stiftung, Goslar

Der Rhythmus, bei dem jeder mitmuss Kinder schulen beim Trommeln Hör- und Sprachgefühl

Der Sprachheilkindergarten Degersen in der Region Hannover geht auch unkonventionelle Wege, um Kindern die Sprachentwicklung zu erleichtern. Zum Beispiel mit einem Trommelprojekt. Im Januar hat Musikerin und Pädagogin Frauke Hohberger aus Hannover eine Woche lang mit Kindern auf die Pauke gehauen. Jede Gruppe des Sprachheilkindergartens erhielt täglich eine halbe Stunde „Trommel-Unterricht“. Alle Kinder waren beim spielerischen Umgang mit Trommeln, Liedern und Sprache freudig dabei.



*Trommeln macht nicht nur Spaß: Die Stärkung des Rhythmusgefühls durch das gemeinsame Spiel fördert auch die Sprachentwicklung.
Foto: Sprachheilkindergarten Degersen*

Trommeln stärkt das Rhythmusgefühl und wirkt sich auch unterstützend auf den Sprachrhythmus aus. Es fördert die Hör-Aufmerksamkeit und die Konzentration, ist ein schönes Medium zur Koordinationsschulung und fördert im Spiel in der Gruppe auch die sozialen Fähigkeiten. Alles Lebendige unterliegt einem Rhythmus (Tag-Nacht, Herzschlag, Fortbewegung,...); das Trommelspiel lässt die Kinder den zugrunde liegenden Rhythmus sehr intensiv wahrnehmen.

Der Sprachheilkindergarten in Degersen, einem Stadtteil von Wennigsen am Deister, betreut ein Jahr lang Kinder ab dem vierten Lebensjahr, die eine umfassende Sprachentwicklungsstörung aufweisen. Die Komplexleistung aus Heilpädagogik, Sprach- und Ergotherapie führt dazu, dass die Kinder zumeist nach einem Jahr wieder in ihre Stammeinrichtung vor Ort zurückkehren. Die Gruppengröße im Sprachheilkindergarten beträgt acht Kinder.

Ermöglicht haben das Projekt der Förderverein des Paritätischen Kinderzentrums Wennigsen und der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

*Ingo Laskowski
Einrichtungsleiter
Sprachheilkindergarten Degersen
Gemeinnützige Gesellschaft für
Paritätische Sozialarbeit GmbH
Hannover*

Größter Interessenverband der Rentner, Sozialversicherten, behinderten Menschen

- Rat
- Hilfe
- Rechtsschutz

für Mitglieder in allen
sozialrechtlichen Angelegenheiten

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V.
Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon: 0441-210290, Telefax: 0441-2102910
eMail: niedersachsen-bremen@vdk.de

www.vdk.de/niedersachsen-bremen

Bundesbeste ihres Fachs

Tolle Leistung von Inga Bruns aus der CAFESITObär

„Das ist der Hammer“, jubelt Jörn Steppat, Bereichsleiter Arbeit der Lebenshilfe Rotenburg-Verden. Grund der Freude: die Leistung von Inga Bruns. Die 37-Jährige ist die erste überhaupt, die eine Ausbildung in der CAFESITObär absolviert hat – mit riesigem Erfolg: Sie ist Bundesbeste ihres Fachs.

Die CAFESITObär ist ein Inklusionsprojekt, das von der Lebenshilfe Rotenburg-Verden betrieben wird. Dort arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung zusammen und kümmern sich um die Bewirtung der Gäste. Wenn Inga Bruns von ihrer Auszeichnung erzählt, merkt man ihr die Freude über die Arbeit an. Gleichzeitig bleibt sie bescheiden. Vor drei Jahren kam sie in die CAFESITObär. Zunächst für ein Praktikum, um erst einmal zu schauen, wie sie dem beruflichen Alltag standhält, berichtet sie. Schnell merkte sie: Die Arbeit macht Spaß. Auch das Team arbeitete gern mit ihr zusammen, und so hielt sie

schließlich den Ausbildungsvertrag als Fachkraft im Gastgewerbe in der Hand. Zwei Jahre Ausbildung folgten, in denen Inga Bruns jede Menge



Bundesbeste ihres Fachs: Inga Bruns. Auch weiterhin ist sie für die Gäste in der CAFESITObär da. Foto: Woyke

lernte – praktisch in der CAFESITObär, theoretisch in der Berufsschule in Bremen.

Schließlich stand die schriftliche Prüfung an, zu der ein Multiple-Choice- und ein offener Teil gehörten. „Ich hätte nicht gedacht, dass es so gut gelaufen ist“, sagt Inga Bruns, die sich die Ergebnisse im Internet anschauen konnte. Und auch nach klasse Noten in der Theorie hatte sie „zittrige Hände“ beim praktischen Teil, wie sie erzählt. Doch auch da lief alles bestens. Ergebnis: Beste im Elbe-Weser-Raum. Und dann trudelte schon die nächste Belobigung ein: Beste auf Landesebene mit Festakt in Hannover.

Und schließlich die Krönung: der Brief mit der Nachricht, dass sie Beste auf Bundesebene in ihrem Fach ist. Den Brief hatte sie übrigens erst gar nicht geöffnet. „Ich hatte ihn in ein Buch gelegt. Als ich am Bahnhof stand und der Zug Verspätung hatte, habe ich das Buch wieder aufgeschlagen, den Brief gesehen und dann geöffnet“, erzählt sie lächelnd. Riesenfreude auch bei ihrem Freund, der Familie und Freunden über die tolle Nachricht. Und nicht zuletzt ist Inga Bruns’ zehnjährige Tochter ganz stolz auf die Mama, die in Berlin ausgezeichnet wurde, bei einer großen Veranstaltung moderiert von Barbara Schöneberger.

Stolz sind auch alle Kolleginnen und Kollegen in der CAFESITObär und Abteilungsleiter Daniel Koch auf Inga Bruns’ Leistung. Ein Riesenkompliment gab es von Lebenshilfe-Geschäftsführer Dr. Marc Brockmann, der mit Blumenstrauß gratulierte. Inga Bruns selbst mag gar nicht so viel Trubel um ihre Person, freut sich aber sehr über die Glückwünsche. Zudem dankt sie allen, die ihr „den Rücken freigehalten und mich unterstützt haben“, etwa die Familie, aktuelle und bisherige Kolleginnen und Kollegen, die juristische Betreuerin und die Ausbildung & Arbeit GmbH in Rotenburg.

Privat malt Inga Bruns übrigens gern, Bilder von ihr sind in der CAFESITObär zu sehen – dort, wo Inga Bruns nun auch weiterhin für die Gäste da sein wird.

*Wibke Woyke
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lebenshilfe Rotenburg-Verden
gemeinnützige GmbH*

Werben im Parität Report

Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report eine Anzeige schalten?

Wir beraten Sie dazu gerne.

Fordern Sie einfach unter report@paritaetischer.de

unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.



Vertrauen Sie unserer Expertise.

Zum Beispiel bei Bauvorhaben, Bewertung von Pflegeimmobilien, Investitionen, Factoring oder Leasing. Wir bieten Ihnen das gesamte Leistungsspektrum einer Universalbank, kombiniert mit jahrzehntelanger Erfahrung im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Finanzplanung mit Umsicht.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Telefon 0511 34023-0 | bfshannover@sozialbank.de
www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

Behindert und ausgezeichnet

Hilfsbereitschaft in Person: Lorenz Ferkau bekommt „Achimer Ehrenpreis“

Die Stadt Achim ehrt stets im Dezember in der Stadt lebende Menschen, die sich in besonderem Maße für andere ehrenamtlich einsetzen. Nun erhielt erstmals ein Mensch mit geistiger Behinderung diese Auszeichnung: Lorenz Ferkau öffnet mit seinem Ehrenpreis für besondere Hilfsbereitschaft eine Tür für viele beeinträchtigte Menschen.

Kaum jemand in Achim, der ihn nicht kennt. Lorenz Ferkau wird von fast allen Menschen in der Stadt kurz „Lorenz“ genannt. Nicht weil die südöstlich von Bremen gelegene Stadt Achim ein Dorf wäre, immerhin gilt sie mit mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern als größte Stadt im Landkreis Verden. Nein, Lorenz Ferkau hat einfach die besondere Gabe, offen auf andere Menschen zuzugehen. Dabei ist der 61-Jährige immer freundlich und gut gelaunt. „Hallo, ich bin Lorenz“, mit diesen Worten und seinen hilfsbereiten Taten hat er die Herzen der Menschen erobert.

Dabei war sein persönlicher Lebensweg nicht immer leicht. So war es ihm als Kind nicht möglich, eine Schule zu besuchen, da es damals im Landkreis Verden noch keine Möglichkeit für die Beschulung von geistig beeinträchtigten Menschen gab. Seit 1962 ist die



Dieter Haase, Vorstandsmitglied Waldheim Gruppe (von links), Lorenz Ferkau, Preisträger „Achimer Ehrenpreis 2017“, und Rainer Ditzfeld, Bürgermeister der Stadt Achim.

Foto: Waldheim Gruppe

Stiftung Waldheim sein Zuhause. Mit 17 Jahren begann er dort in der Korbflechterei der Tagesförderstätte zu arbeiten. Heute ist er als Beschäftigter der Waldheim Werkstätten bei der Firma Trecolan in Bremen-Mahndorf tätig und lebt in Achim in einer sich weitgehend eigenständig versorgenden Wohngemeinschaft.

Eine große Freude für ihn ist es, andere Menschen zu treffen und dort zu helfen, wo Hilfe willkommen ist. So räumt er auf Stadtfesten unentgeltlich leere Gläser ab und bringt sie zurück zur Theke. Während andere ausgelassen feierten, sammelte Lorenz Ferkau im Laufe der Jahre viele tausend Biergläser.

Oft waren nette Worte der Festbesucher sein einziger Lohn.

Aber nun bekam er den „Achimer Ehrenpreis 2017“. Im Rahmen eines feierlichen Akts überreichte Bürgermeister Rainer Ditzfeld die Auszeichnung persönlich. Ein wichtiges Zeichen, mit dem Integration und Inklusion vorangebracht werden, denn Lorenz Ferkau hat teil am Leben in der Stadt Achim und ist ein Teil von ihr. „Durch die öffentliche Würdigung seiner Person zeigt die Stadt, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen willkommen sind“, freut sich Dieter Haase, Vorstandsmitglied der Waldheim Gruppe und langjähriger Wegbegleiter von Lorenz Ferkau.

Katharina Englisch
Öffentlichkeitsarbeit
Waldheim Gruppe

Ehrungen

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

Ehrenzeichen des Verbands:

- Ursula Behncke, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Britt Treichel, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt
- Christine Jensen, Stiftung Hannoversche Kinderheilstalt

Der Paritätische Stellenmarkt



Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ) gemeinnützige GmbH

Wir sind eine soziale Einrichtung in der Stadt Einbeck mit ca. 130 Mitarbeitern/ Mitarbeiterinnen. Insbesondere behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche werden von uns mobil, ambulant oder teilstationär betreut und gefördert.

Für unseren **Sprachheilkindergarten Plapperschlange** mit zurzeit vier Gruppen suchen wir zum nächstmöglichen Termin zunächst befristet die

Kindergartenleitung (m/w).

Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes einschlägiges Studium, z.B. der Sozial- oder Heilpädagogik, mindestens aber die Ausbildung zum/zur staatlich anerkannten Erzieher/in und relevante Berufserfahrung. Die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ist wahrscheinlich.

Neben pädagogischer Fachkompetenz und Empathie erwarten wir u.a. gute Führungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, die Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten, Belastbarkeit und wirtschaftliches Denken. Bei Inanspruchnahme einer Vollzeitstelle ist ein Teil der Arbeitszeit im Gruppendienst abzuleisten. Leitungserfahrung ist von Vorteil.

Neben einem interessanten Aufgabengebiet, das selbstständiges Arbeiten ermöglicht und erfordert, bieten wir eine angemessene Vergütung auf individualvertraglicher Grundlage sowie eine betriebliche Altersvorsorge.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige mit den üblichen Anlagen und Angaben Ihrer Gehaltsvorstellungen an:

Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ)

z.H. Herrn Geschäftsführer Ernsting

Fröbelstraße 1, 37574 Einbeck

Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter der Tel.-Nr. 05561/9493-13 zur Verfügung. Weitere Stellenangebote finden Sie unter www.ptz-einbeck.de



Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung als drucktaugliches PDF an report@paritaetischer.de oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

Die Veröffentlichung ist kostenlos!

Villa Kunterbunt Nienburger Kindergarten e. V.

Hannoversche Str. 100, 31582 Nienburg

Sucht zum 1. März 2018 oder später

- **eine Kindergartenleitung (w/m)**

mit 34,0 Wochenstunden, davon 15 Leitungsstunden (mit Option zu erweitern) sowie

- **eine Erziehungskraft**

Integrationsweiterbildung gewünscht, ist aber nicht zwingend
mit 38,0 Wochenstunden

Der Kindergarten umfasst eine Ganztagsgruppe mit 20 Kindern
im Alter von 2,5 bis 6 Jahren, davon 1 Integrationskind.

Voraussetzungen:

- Sie verfügen über eine Ausbildung als Sozialpädagoge/in oder als staatlich anerkannte/r Erzieher/in mit Erfahrung in Leitungsfunktionen
- Sie haben Fähigkeiten in den Bereichen von Personalführung/-entwicklung und Qualitätsmanagement
- Sie besitzen Organisationsfähigkeiten und können selbständig arbeiten
- Sie haben Grundkenntnisse in Microsoft Office
- Die Zusammenarbeit mit den Eltern und dem Team liegt Ihnen an Herzen

Wir bieten:

- Eine unbefristete Stelle
- Eine verantwortungsvolle Tätigkeit mit vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten
- Ein aufgeschlossenes, erfahrenes und motiviertes Team
- Eine anspruchsvolle Tätigkeit und guten Fortbildungsmöglichkeiten
- Einen zentral liegenden Arbeitsplatz

Die Vergütung erfolgt nach Vereinbarung.

Bei Fragen stehen Ihnen Frau Hamann, Telefon 0157-31360603 oder
Frau Greve, Telefon 01573-5781119 zur Verfügung, E-Mail-Adresse: bewerbung.villa@gmx.de

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte an
Villa Kunterbunt Nienburger Kindergarten e. V., Hannoversche Str. 100, 31582 Nienburg.

Frauenberatung Verden e.V.

Grüne Str. 31, 27283 Verden
 Tel.: 04231 85129 u. 85120, Fax 04231/ 800846,
 E-Mail: frauenberatung-verden@t-online.de
www.frauenberatung-verden.de



Die **Frauenberatung Verden e.V.** sucht für die
Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung
 (Beratungen zu § 218) mit Aufgaben im geschäftsführenden Team
 eine **Kollegin zum 01.10.2018**

Wenn Sie

- Dipl. Sozialpädagogin/Dipl. Sozialarbeiterin sind oder über einen vergleichbaren Studienabschluss verfügen
- Teamfähigkeit und Verantwortungsfreude mitbringen
- über Beratungsqualität (auch im interkulturellen Bereich) verfügen und eine beraterische- oder therapeutische Ausbildung abgeschlossen oder begonnen haben
- die Bereitschaft zur Übernahme administrativer und geschäftsführender Aufgaben haben
- Kenntnisse im SGB II besitzen
- Vereinsstrukturen kennen und bereit sind Aufgaben wie z.B. Fundraising zu übernehmen
- Projektarbeit kennen und Erfahrung in der Anleitung von Gruppen haben
- PC und Softwarekenntnisse (Word, Exel, usw.) haben und der Umgang mit den neuen Medien für Sie selbstverständlich ist
- Freude an Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit haben
- außer Deutsch über weitere Sprachkenntnisse verfügen

Dann haben wir unsere neue Kollegin gefunden.

Wir

- freuen uns auf eine kompetente Kollegin
- arbeiten nach feministischen Grundlagen

Wir bieten

- eine unbefristete Vollzeitstelle mit Standorten in Verden und Achim
- Vergütung in Anlehnung an den TVöD 9c
- Teilhabe an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen
- Intervention, Supervision und Fortbildung

Senden Sie uns eine aussagekräftige Bewerbung **bis zum 15. April 2018**.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an
 Regine Balk, frauenberatung-verden@t-online.de

Spendenkonto: Frauenberatung Verden e.V. Kreissparkasse Verden
IBAN DE 08 29152670 00 12467866
BIC BRLADE 21 VER

Vereinsregister: Amtsgericht Walsrode: VR 180244, Steuernummer 48-210-05130

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschafts-Planung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

Eduard Schellenberg (Behindertenhilfe)

Tel. 05 11 / 5 24 86-367

Barbara Heidrich (Pflege)

Tel. 05 11 / 5 24 86-370

Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

N.N.

Tel. 05 11 / 5 24 86-376

Datenschutzberatung

Christian Zappe

Tel. 05 11 / 52486-350

EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

Dietmar Buck

Tel. 05 11 / 5 24 86-373

Europa,

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit

Information und Beratung zu EU-Förderprogrammen

Agnieszka Krawczyk-Balon

Tel. 05 11 / 5 24 86-384

Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale)

Fabian Hüper

Tel. 05 11 / 5 24 86-361

Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

Monika Bullmann

Tel. 05 11 / 5 24 86-378

Christiane Häberle

Tel. 05 11 / 5 24 86-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

Annemarie Heuer

Tel. 05 11 / 5 24 86-377

Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

Michael Schmunk

Tel. 05 11 / 5 24 86-375

Kfz

Astrid Schöne (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Stefanie Klose (Abrufscheine)

Tel. 05 11 / 5 24 86-347

Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

Peter Schmidt

Tel. 05 11 / 89 72 57-50

Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

Kirsten Ohmsen

Tel. 05 11 / 5 24 86-379

Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

Ernst Spieß

Tel. 05 11 / 5 24 86-398

Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

Christiane Schumacher

Tel. 05 11 / 5 24 86-395

Seminare

Interne und externe Schulungen

Astrid Schöne

Tel. 05 11 / 5 24 86-397

Versicherungen

Ulrich Preisberger

Tel. 05 11 / 52486-372

Fachbereiche des Paritätischen Niedersachsen

Die Fachberaterinnen und Fachberater

Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau
Paritätischer Wolfsburg
Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel. 0 53 61 / 29 50-15
Fax 0 53 61 / 29 50-21
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Florian König
GBA Gemeinnützige
Gesellschaft
für Behindertenarbeit mbH
Liebigstraße 6
30851 Langenhagen
Tel. 05 11 / 96 69 90
Fax 05 11 / 96 69 93 6
florian.koenig@paritaetischer.de

Bildung

Agnieszka Krawczyk-Balon
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-384
Fax 05 11 / 5 24 86-332
agnieszka.krawczyk-balon@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-367
Fax 05 11 / 5 24 86-332
eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Dominik Baier
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
dominik.baier@paritaetischer.de

Frauen und Familien

Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel. 0 53 51 / 5 / 41 91-4
Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Jugendbildung/PJW

Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Rosenwall 1
38300 Wolfenbüttel
Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
karsten.maul@paritaetischer.de

Krankenhäuser

Birgit Eckhardt
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-365
Fax 05 11 / 5 24 86-333
birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Kur- und Erholungshilfen

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-383
Fax 05 11 / 5 24 86-332
regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Eurosozial e. V. – Paritätischer
Verein für deutsch-polnische und
europäische Zusammenarbeit
Marienbruchstraße 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 0 53 41 / 84 11 94
k.balon@eurosozial.eu

Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Schullandheime

Dominik Baier
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
Fax 05 11 / 5 24 86-332
dominik.baier@paritaetischer.de

Selbsthilfe

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 92 24-14
Fax 0 50 21 / 92 24-11
bernhard.doering@paritaetischer.de

Sucht

Petra Bunke
Paritätischer Braunschweig
Jugend- und Drogenberatung
Braunschweig DROBS
Kurt-Schumacher-Straße 26
38102 Braunschweig
Tel. 05 31 / 2 20 90-0
Fax 05 31 / 2 20 90-90
petra.bunke@paritaetischer-bs.de

Tageseinrichtungen für Kinder

Klaus-Dieter Fortmeyer
Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel. 0 47 21 / 57 93-62
Fax 0 47 21 / 57 93-50
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Überregionale

Mitgliedsorganisationen

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Abteilungsleitungen des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Abteilung I:
Kreisverbände/Sozialzentren

Harald Fischer
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-389
Fax 05 11 / 5 24 86-333
harald.fischer@paritaetischer.de

Abteilung II:
Finanzen

Monika Bullmann
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-378
Fax 05 11 / 5 24 86-333
monika.bullmann@paritaetischer.de

Abteilung III:
Personalwesen

N.N.

Abteilung IV:
Mitgliederförderung

Anne Günther
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-333
anne.guenther@paritaetischer.de

Abteilung V:
Selbsthilfe/Pflege

Barbara Heidrich
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-370
Fax 05 11 / 5 24 86-333
barbara.heidrich@paritaetischer.de

Arbeitskreise des Paritätischen Niedersachsen Leiterinnen und Leiter

Arbeits- und Tarifrecht

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-333
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
Freiwilligen-Agentur des
Paritätischen Hameln
c/o Familie im Zentrum
Osterstraße 46
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 57 61-27
nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel. 0 50 21 / 97 45-15
Fax 0 50 21 / 97 45-11
wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Straffälligenhilfe

Nikolai Nemitz
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-342
Fax 05 11 / 5 24 86-332
nikolai.nemitz@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
Paritätischer Niedersachsen
GandhisträÙe 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-332
christiane.schumacher@paritaetischer.de

**Kontakt- und Beratungsstellen
für Selbsthilfegruppen**

Regina Heller
Paritätischer Hameln
Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 5 76-113
regina.heller@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
Lebenshilfe Hameln e. V.
Sprachheilkindergarten
Burgstraße 4
31855 Aerzen
Tel. 0 51 54 / 38 05
Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
irmgard.fricke@lebenshilfe-hamelnde

Mitglieder des Verbandsrats (Wahlperiode 2016 bis 2020)

Vorsitzende des Verbandsrats

(jährlich alternierend)

Ulla Klapproth

(2016, 2018, 2020)

Kleiner Horbeck 5
37191 Gillersheim
Tel. 0 55 56 / 15 66
Fax 0 55 56 / 50 78
ulla.klapproth@t-online.de

Kurt Spannig (2017, 2019)

c/o Psychiatrische Klinik
Uelzen gGmbH
An den Zehn Eichen 50
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 38 95-301
Fax 05 81 / 38 95-5300
k.spannig@pk-uelzen.de

Clemens Ahrens

Dorothea-Erxleben-Str. 6
38116 Braunschweig
Tel. 0 53 21 / 33 71-215
clemens.ahrens@
lebenshilfe-goslar.de

Dr. Thomas Beushausen

Bonatzweg 2
30559 Hannover
Tel. 01 77 / 3 06 51 13
beushausen@hka.de

Knut Böhme

Brabeckstr. 3
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 17 92 22
Tel. 01 70 / 8 30 56 32
info@k-boehme.de

Meike Dzemski

Hilde-Domin-Str. 22
26127 Oldenburg
Tel. 04 41 / 68 19 78
meike.dz@web.de

Silke Gerike

Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 01 71 / 4 96 53 65
silke.gerike@gmail.com

Bernd Göddertz

Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 9 99 07 87
bernd.goeddertz@gmx.de

Tina Hellmann

Hauptstr. 5
37191 Wachenhausen
Tel. 01 52 / 23 67 56 26
tina.hellmann@web.de

Martin Kupper

c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstr. 2
37170 Uslar
Tel. 0 55 71 / 92 43-141
Fax 0 55 71 / 92 43-112
kupper@familienwerk.de

Stephan Liedke

Alewinstr. 15
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 97 64 20
stephanliedke@stadorfev.de

Hue Mende

Großer Stein 16
26789 Leer
Tel. 04 91 / 9 60 51 78
Fax 04 91 / 9 60 51 63
hmende@lebenshilfe-leer.de

Christina Müller-Matysiak

Langes Feld 68
30974 Wennigsen
Tel. 0 51 03 / 70 66 63
Fax 05 11 / 1 61 32 40
mueller.matysiak@juronet.de

Jens Pannemann

Rebenstr. 17
26121 Oldenburg
Tel. 0 44 01 / 45 88
Fax 0 44 01 / 45 80
dksb.brake@t-online.de

Monika Placke

Walter-Haas-Str. 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87
Tel. 01 70 / 8 14 10 37
monika.placke@freenet.de

Mathias Reisewitz

c/o Arcus Peine gGmbH
Woltorfer Str. 7
31224 Peine
Tel. 0 51 71 / 59 12 50
Fax 0 51 71 / 59 12 40
takt@arcus-peine.de

Bolko Seidel

Am Flugplatz 9
31137 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 1 70 98 60
Fax 0 51 21 / 1 70 98 78
bolko.seidel@lhhi.de

Landesverband

Hauptamtlicher Vorstand

Birgit Eckhardt

Vorsitzende

Rainer Flinks

stellv. Vorsitzender

Paritätischer Wohlfahrts-
verband Niedersachsen e.V.
GandhisträÙe 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@
paritaetischer.de

Ehrenvorsitzende

Günter Famulla

Vorsitzender 1997 bis 2009
Ehrenvorsitzender
seit 2009

Wolfgang Neubelt †

Direktor 1956 bis 1988
Vorsitzender 1988 bis 1997
Ehrenvorsitzender
1997 bis 2015

Karin Ruth Diederichs †

Vorsitzende 1980 bis 1988
Ehrenvorsitzende
1988 bis 2017

Bianca Weihmann

Seeböhmstr. 1
31688 Nienstädt
Tel. 0 57 21 / 7 27 86
bweihmann@t-online.de

Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax.: (05 31) 4 80 79-14
GF: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax.: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Nadja Fischer
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg

c/o Herrn Hans-Jürgen Lehmann
Blumenstraße 9
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 40 59 69 99
GF: Hans-Jürgen Lehmann
paritaet.clp@online.de

Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax.: (0 47 21) 57 93-50
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax.: (0 42 21) 15 25-15
GF: Thomas Heyen
thomas.heyen@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax.: (0 50 21) 97 45-11
GFin: Elke Heidorn
elke.heidorn@paritaetischer.de

Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax.: (0 49 21) 93 06-16
GF: Stefan Kamer
stefan.kamer@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland

Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax.: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax.: (0 44 51) 91 46-11
GF: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer
Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax.: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Helbing
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar-Seesen

Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax.: (0 53 21) 1 82 29
GF: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax.: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax.: (0 51 51) 5 99 77
GF Olaf Heilig
olaf.heilig@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18
30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax.: (05 11) 9 62 91-13
GF: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg

Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax.: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Bettina Wichmann
bettina.wichmann@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax.: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax.: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Elisabeth Fokken
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax.: (0 55 31) 93 27-90
GF: Daniel Leonhardt
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

Paritätischer Leer

Von-Jhering-Straße 8
26789 Leer
Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax.: (04 91) 9 25 31-31
GF: Stefan Kamer
stefan.kamer@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax.: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1
21337 Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax.: (0 41 31) 86 18-40
GF: Ralf Gremmel
ralf.gremmel@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg

Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax.: (0 50 21) 97 45-11
GFin: Elke Heidorn
elke.heidorn@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim c/o Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax.: (05 51) 9 00 08-19
GF: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-0
Fax.: (04 41) 7 79 00-22
GF: Sebastian Vatterodt
sebastian.vatterodt@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück

Kleebergstraße 10
49086 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax.: (05 41) 4 08 04-25
GF: Michael Laszewski
michael.laszewski@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax.: (0 47 91) 94 15-10
GF: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode

Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax.: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Annette Nikulla
annette.nikulla@paritaetischer.de

Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax.: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg

Neue Straße 21
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax.: (0 47 61) 7 11 91
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax.: (0 53 41) 84 67-24
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a
31675 Bückeburg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax.: (0 57 22) 95 22-18
GFin: Viviane Redinger
viviane.redinger@paritaetischer.de

Paritätischer Stade c/o Paritätischer Betreuungsverein Stade

Thuner Straße 4
21680 Stade
Tel.: (0 41 41) 60 00 90-24
GF: Olaf Tietjen
olaf.tietjen@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen

Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax.: (05 81) 97 07-20
GF: Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5
27299 Langwedel
Tel.: (0 42 35) 89-0
Fax.: (0 42 35) 89-111
GF: Dieter Haase
d.haase@stiftung-waldheim.de

Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13
26919 Brake
Tel.: (0 44 01) 45 88
Fax.: (0 44 01) 45 80
GFin: Hannelore Bohlken
hannelore.bohken@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax.: (0 44 21) 2 06-2 88
GF: Jürgen Hoffmann
juergen.hoffmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund

Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax.: (0 49 41) 93 94-17
GF: Hans-Joachim Borm
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax.: (0 53 31) 92 00-79
GF: Andreas Laumert
andreas.laumert@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax.: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Christine Köhler-Riebau
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de